



## NIEDERSCHRIFT

**über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eschwege  
am 25.02.2016**

### Anwesend waren:

#### Vorsitzender:

Herr Karl Montag	
------------------	--

#### SPD-Fraktion

Herr Ramiz Arifi	
Herr Markus Claus	
Herr Alexander Feiertag	
Herr Stefan Fiege	
Herr Manfred Grebenstein	
Herr Jörg Heinz	
Herr Peter Krohn	
Frau Dr. Marita Kroneberger	
Frau Ilona Pfetzing	
Frau Karin Schneider	
Frau Petra Strauß	
Herr Matthias Wenderoth	

#### CDU-Fraktion

Herr Dr. Manfred Bödicker	
Herr Thomas Große	
Herr Claus Hamp	
Herr Hartmut John	
Frau Angelika Knapp-Lohkemper	
Herr Andreas Kühnel	
Herr Jörg Rüppel	
Herr Michael Schmidt	
Herr Stefan Schneider	
Frau Annegret Schröter	
Herr Dr. Andreas Vogt	
Frau Julia Witthüser	

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Lothar Dietrich	
Frau Claudia Fiedler	
Herr Siegfried Fiegenbaum	
Herr Armin Jung	

**FDP-Fraktion**

Frau Jutta Thiele	
-------------------	--

**FWG-Fraktion**

Herr Jürgen Häcker	
Herr Andreas Hölzel	

**Partei Die Linke**

Herr Bernhard Gassmann	
------------------------	--

**Mitglieder des Magistrats**

Herr Reiner Brill	
Herr Berthold Diegel	
Herr Stefan Happel	
Herr Jörg Hartebrodt	
Herr Alexander Heppe	
Frau Patricia Hölzel	
Herr Gerhard Marquardt	

**Ortsvorsteher**

Herr Rainer Bick	
Herr Jürgen Gonnermann	
Herr Ernst Hartig	
Herr Walter Hoefel	
Herr Ortwin Ludwig	
Herr Georg Rost	
Herr Horst Schäfer	

**Ausländerbeirat**

Herr Washa Beroschwili	
------------------------	--

**Schriftführer/in**

Herr Volker Jatho	
-------------------	--

**von der Verwaltung**

Frau Dagmar Schade-Kurz	
-------------------------	--

**Zuschauer/innen**

22	
----	--

**Vertreter der Presse**

2	
---	--

**Entschuldigt waren:****SPD-Fraktion**

Frau Gabriele Kniese	
Herr Lutz Schaub	

**CDU-Fraktion**

Herr Klaus Wolf	
-----------------	--

**FDP-Fraktion**

Herr Klaus Volkmar	
--------------------	--

**Mitglieder des Magistrats**

Herr Heinz-Jürgen Gathmann	
Frau Heidrun Ott	

**Beginn der Sitzung:****19:00 Uhr****Ende der Sitzung:****22:14 Uhr**

---

**Folgende Tagesordnungspunkte wurden behandelt:**

1. Ausländerbeiratswahl am 29.11.2015  
Beschluss über die Gültigkeit der Wahl Seite 6
2. Magistratsbericht Seite 10
3. Wiederwahl eines Schiedsmanns Seite 11
4. Kommunalinvestitionsförderungsprogramm des Bundes und Hessisches  
Kommunalinvestitionsprogramm - Programmteil Kommunale Infrastruktur  
hier: Maßnahmenkatalog Seite 13
5. Beteiligungsbericht der Kreisstadt Eschwege - Berichtszeitraum: 2014 Seite 19
6. Audit Familiengerechte Kommune - Beschlussfassung der Zielvereinbarung Seite 19
7. Antrag der CDU-Stv.-Fraktion betr. Pflanzung eines Baumes für jedes  
neugeborene Kind  
Erörterung im Ausschuss für Soziales und Kultur am 25.01.2016 Seite 25

8.	Bebauungsplan Nr. 41.5 (Einzelhandelsregelung „Gewerbegebiet Hessenring“) Änderung der Bebauungspläne Nr. 41.1, 41.2, 41.3, 41.4, 125 und 137; Öffentliche Auslegung und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB	Seite 27
9.	Resolutionsantrag der FWG-Stv.-Fraktion betr. Förderung frühkindlicher Bildung - gebührenfreie KiTa-Plätze in ganz Hessen für alle Hessen	Seite 28
10.	Antrag der Partei Die Linke betr. Beitritt zum Bündnis „Vermögenssteuer jetzt“	Seite 34
11.	Antrag der CDU-Stv.-Fraktion betr. Konzept zur Bereitstellung von Bauplätzen	Seite 38
12.	Anregungen	Seite 44

- 1 -

Stv.-V. Montag:

„Guten Abend, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich begrüße Sie alle recht herzlich heute Abend zur 1. Sitzung im Jahr 2016 und zur letzten, nämlich der 45. Sitzung dieser Legislaturperiode der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eschwege, hier im Rathaus.

Das waren im Jahr durchschnittlich 9 Stadtverordnetensitzungen zwischen 2011 und 2016. Wenn in jeder Sitzung nur 10 Tagesordnungspunkte zu behandeln waren, dann waren das in 5 Jahren nach meiner Rechnung ca. 450 Tagesordnungspunkte, die wir bearbeitet haben. Ich nenne das eine beeindruckende Zahl und sage ganz einfach Danke für die von Ihnen allen geleistete Arbeit zum Wohl unserer Heimatstadt. Nun stehen die Wahlen für die Stadtverordnetenversammlung bevor und ich wünsche mir, dass der Wahlkampf bis zum Ende so fair bleibt, wie er bisher abgelaufen ist.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle auch ein offenes Wort zu der Klage der Presse und vieler anderer Menschen in sozialen Netzwerken zum Thema Wahlplakate.

Ich kann nicht verstehen, dass ein Redakteur unserer Heimatzeitung und auch noch der Chef sich über die vielen Wahlplakate empört. Die Parteien, und gerade ihre örtlichen und damit kommunalen Vertretungen, die allesamt ihre Arbeiten und ihr Bemühen um Wählerinnen und Wähler ehrenamtlich versehen, sie haben dazu einen Auftrag, der sich aus dem Grundgesetz und aus den Verfassungen der Länder ableiten lässt. Was soll eigentlich daran so falsch sein, wenn man sich an das Grundgesetz hält? Und Wahlplakate sind nun einmal Werbung für die Parteien, die Verantwortung übernommen haben. Ich will hier keine Neiddebatte aufkommen lassen, aber warum sieht das der Redakteur nicht genauso wie einen Zirkus, einen Verein oder eine kommerziell tätige Firma, die ihre Veranstaltungen oder Produkte mit Plakaten bewirbt? In der Regel hängen Wahlplakate maximal 6 Wochen. Die sollte man eigentlich demokratisch ertragen können. Ich finde, dass Wahlplakate, wer auch immer sie aufgehängt hat, Werbung für unsere Demokratie und die Wahl selbst machen. Das macht die Presse nicht. Wie viele Menschen auf dieser Welt würden sich wünschen, wenn sie in ihrem Land selbstbestimmt und frei Plakate aufhängen dürften und frei wählen dürften? Ich wünsche mir, dass auch bei uns viele Bürgerinnen und Bürger von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen und es eine gute Wahlbeteiligung geben wird, die dann hoffentlich über dem Wert von 46,3 %, wie es bei den letzten Wahlen in 2011 gab, liegen wird. Ich würde mich sehr darüber freuen und denke, dass ich auch im Namen der Stadtverordnetenversammlung gesprochen habe.

Soviel zu meinem Vorwort.

Ich begrüße ganz herzlich und natürlich die erschienen Zuschauer und begrüße die Pressevertreter der Werra-Rundschau und des Marktspiegels, guten Abend. Ich begrüße die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, Bürgermeister, Ersten Stadtrat.

Meine Damen und Herren, ich eröffne nun die heutige Sitzung und stelle fest, dass zur Stadtverordnetenversammlung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Der Hinweis zur Amtlichen Bekanntmachung auf [www.eschwege.de](http://www.eschwege.de) mit der Tagesordnung erfolgte in der Werra-Rundschau am Samstag, dem 20.02.2016.“

**Stv.-V. Montag gibt die entschuldigt fehlenden bzw. später kommenden Stadtverordneten und Magistratsmitglieder bekannt.**

Stv.-V. Montag:

„Ich stelle fest, dass wir beschlussfähig sind.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit Ihren Unterlagen zugegangen. Gibt es Anträge zur Tagesordnung, oder gibt es Einsprüche oder noch Änderungswünsche?

Das ist nicht der Fall.

Dann kann ich über die Tagesordnung abstimmen lassen. Wer der Tagesordnung, so wie sie Ihnen vorliegt, positiv abstimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen.“

**Beschluss:**

Der Tagesordnung wird in der vorliegenden Form zugestimmt.

**Einstimmig beschlossen.**

Stv.-V. Montag:

„Wir haben nun noch über 3 Protokolle aus dem Jahr 2015 abzustimmen, und zwar vom 11.11.2015, 03.12.2015 und vom 10.12.2015 die Protokolle. Wer diesen 3 Protokollen zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen.“

**Beschluss:**

Die Protokolle vom 11.11.2015, 03.12.2015 und 10.12.2015 werden genehmigt.

**Einstimmig beschlossen.**

**Stv.-V. Montag gratuliert den Mandatsträgern/-innen, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten.**

Stv.-V. Montag:

„Meine Damen und Herren, wir können nun in die Tagesordnung für den heutigen Abend eintreten. Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 1 „Ausländerbeiratswahl am 29.11.2015, Beschluss über die Gültigkeit der Wahl.“

**1. AUSLÄNDERBEIRATSWAHL AM 29.11.2015  
BESCHLUSS ÜBER DIE GÜLTIGKEIT DER WAHL  
- 1 -**

---

Bgm. Heppe:

„Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats, sehr geehrte Vertreter der Presse, sehr verehrte Gäste, liebe Mitglieder des Ausländerbeirates, neu gewählte Mitglieder.

Der Wahlausschuss für die Ausländerbeiratswahl hat in seiner Sitzung am 29.11.2015, die im Anschluss an die Stimmenauszählung stattfand, das amtliche Endergebnis festgestellt. Die gewählten Bewerberinnen und Bewerber in der Reihenfolge der Sitzverteilung können Sie der Vorlage entnehmen. Wir werden Ihnen auch gleich noch, im Einvernehmen mit dem Stadtverordnetenvorsteher, die Möglichkeit geben, so wie es gute Tradition von diesem Haus ist, sich dann auch kurz persönlich vorzustellen, damit Sie dann auch wissen, mit wem Sie es dann in den nächsten Jahren hier zu tun haben. Ich gratuliere allen Gewählten von ganzem Herzen und finde es sehr schön, gut und anerkennenswert, dass Sie als Menschen mit einem Migrationshintergrund sich hier in Eschwege für das Gemeinwesen einbringen. Das ist alles andere als selbstverständlich und verdient deswegen umso mehr Anerken-

nung, weil es viel Arbeit auch bedeutet, weil Sie ein wichtiger Ansprechpartner sind, gerade in diesen Tagen, wo viele Menschen hier in Eschwege Zuflucht suchen, und es ist gut, dass wir da Menschen wissen wie Sie, die bereit sind, dort auch ein Stück weit Verantwortung zu übernehmen. Dafür nochmal meinen herzlichen Dank und meine Anerkennung.

Und gemäß § 58 in Verbindung mit § 25 des Kommunalwahlgesetzes gibt es gewisse Fristen, die wir einhalten müssen und es ist so, dass dieses hohe Haus dann auch über die Gültigkeit der Wahl entsprechend zu bescheiden hat. Das ist das, worum es hier in der Vorlage geht, und wir bitten Sie, diese Wahl dann auch für gültig zu erklären. Herzlichen Dank.“

Stv.-V. Montag:

„Dankeschön, Herr Bürgermeister. Den Glückwünschen kann ich mich für uns alle nur anschließen und ich finde es, wie gesagt, der Bürgermeister hat es ja erwähnt, sehr wichtig, und der Zeitpunkt wird nicht mehr lange dauern, dann wohnen wieder in den städtischen Mauern über 1.000 Menschen mit Migrationshintergrund. Wir haben aber, und ab da wird verlangt, dass man einen Ausländerbeirat hat, wir haben ihn aber beibehalten, als wir auch unter die 1.000er Grenze geraten waren. Ich fand das sehr gut, und die Zusammenarbeit war gut. Und bei der Gelegenheit, ich habe es ja schon an anderer Stelle gemacht, möchte ich nochmal dem langjährigen Vorsitzenden auch herzlichen Dank sagen. Ramiz Arifi, vielen, vielen Dank. Es geht weiter, es gibt jüngere, die nachgekommen sind. Jedenfalls Dir vielen, vielen Dank, und die anderen werden wir ja gleich hören, wenn sie sich kurz vorstellen. Ich habe schon einige kennengelernt oder kenne eigentlich auch alle, die auch schon bei den Sitzungen in den Ausschüssen waren. Es war eine sehr angenehme Zusammenarbeit.“

Gibt es weitere Wortmeldungen?“

Stv. Arifi:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich wünsche mir, dass der Ausländerbeirat weiterhin als legitime politische Interessenvertretung angesehen wird und seine Arbeit überparteilich unterstützt wird. Und ich freue mich ganz besonders auf die gute Zusammenarbeit mit neu gewählten Ausländerbeiratsmitgliedern und hoffe, dass wir in den nächsten Jahren gemeinsam viel für alle Eschweger Bürgerinnen und Bürger erreichen können. Wir, als SPD-Fraktion, empfehlen der Stadtverordnetenversammlung, die Ausländerbeiratswahl für gültig zu erklären. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.“

**Keine weiteren Wortmeldungen.**

**Beschluss:**

Die Ausländerbeiratswahl in der Kreisstadt Eschwege vom 29. November 2015 wird für gültig erklärt.

**Einstimmig beschlossen.**

Stv.-V. Montag:

„Herzlichen Glückwunsch, jetzt sind Sie alle offiziell gewählt und im Amt und es hat alles seine Richtigkeit.“

Jetzt bitte ich die Mitglieder des Ausländerbeirates mal nach vorn, damit sie sich vorstellen können. Wir haben nämlich auch noch ein Geschenk zu übergeben. Bitteschön.“

Die Mitglieder des Ausländerbeirates stellen sich im Einzelnen vor:

Herr Washa Beroschwili:

Frau Lidia Tolpina:

Herr Grygoriy Frenkel:

Herr Ahmed Djeloul:

Herr Mousa Yousefi:

Stv.-V. Montag:

Ihnen allen herzlichen Dank. Viel Spaß bei Ihrer Arbeit. Wenn jetzt der Herr Beroschwili nochmal nach vorn kommt, dann können wir ihm auch gern die Geschenke geben. Kommen Sie doch nochmal hier bitte in die Mitte.“

**Bgm. Heppe und Stv.-V. Montag überreichen die Präsente.**



Stv.-V. Montag:

„Ach so, ich habe noch eins vergessen. Es gibt noch 2, nämlich die Lidia Lillmann und den Valeri Lillmann, die heute Abend sich entschuldigt haben, die sind nicht da. Sie hätten sich gern vorgestellt, aber die werden Sie im Laufe der Zeit bestimmt noch kennenlernen.“

Damit schließe ich den Tagesordnungspunkt 1 und rufe auf den Tagesordnungspunkt 2 „Magistratsbericht“, Berichterstatter ist Herr Bürgermeister Heppe, bitteschön.“

## **2. MAGISTRATSBERICHT** **- 1/4 -**

---

Bgm. Heppe:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren. Traditioneller erster Punkt

### **1. Berichtspflicht des Magistrats gegenüber der Stadtverordnetenversammlung**

wo folgende Punkte zu nennen sind:

- **Antrag der SPD- und Grünen-Stv.-Fraktion betr. vorbeugender Hochwasserschutz und Werrarenaturierung, Beschluss-Nr. 48 der Stv.-Versammlung vom 10.10.2013**  
Die Hochwasserstudie wurde durch das Fachbüro am 01.02.2016 den politischen Vertretern der beteiligten Kommunen, das waren Wanfried, Meinhard, Eschwege, Bad Sooden-Allendorf und Witzhausen, in einer Informationsveranstaltung vorgestellt. Eine Internetseite wurde danach unter <http://www.ikz-unterewerra.de/> freigeschaltet, die auch mit der Homepage der Stadt Eschwege verlinkt ist, so dass sich die interessierte Öffentlichkeit über den Hochwasserschutz informieren kann.  
Das Fachbüro erstellt zurzeit für die beteiligten Kommunen die Unterlagen in gedruckter und digitaler Form.  
Die für Eschwege vorgeschlagenen Maßnahmen werden demnächst im Bau- und Planungsausschuss vorgestellt.
- **Antrag der Partei Die Linke betr. Ampel-Regelung an der Humboldtschul-Kreuzung, Beschluss-Nr. 9 der Stv.-Versammlung vom 13.02.2014**  
Der datiert schon aus dem Jahr 2014, ist jetzt durch eine kürzliche Mitteilung von Hessen Mobil wieder aktuell geworden. Ich habe bereits berichtet, dass nach einem Termin mit Hessen Mobil und dem Zentrum für integrierte Verkehrssysteme ein Angebot für eine detaillierte Ausarbeitung der koordiniert gesteuerten Ampelanlage erstellt werden sollte. Diese daraus resultierende Lösung sollte ursprünglich im Jahr 2015 umgesetzt werden.  
Hessen Mobil hat uns nun mitgeteilt, dass inzwischen die Untersuchungen zur Optimierung der Ampelsteuerung an ein Fachbüro erteilt worden sind als Auftrag, und dass man nach Ostern 2016 dann die Ergebnisse vorliegen hat, die man dann der Stadt vorstellen möchte.
- **Antrag der CDU-Stv.-Fraktion betr. freies WLAN in Eschwege, Beschluss-Nr. 129 der Stv.-Versammlung vom 11.11.2015**  
-  
Gegenwärtig zum WLAN in der Stadt wird geprüft, welche unterschiedlichen WLAN-Netze in der Innenstadt bereits vorhanden sind und an welchen Stellen diese installiert sind. Davon wiederum hängt ab, in welcher Form ein Ausbau sinnvoll und zweckmäßig ist. Für Gebiete ohne eine Netzabdeckung, also ohne ein WLAN in Funkreichweite und ohne kommerziellen Fremdnutzern kämen wahrscheinlich nur Kooperationen oder ein städtischer Eigenausbau in Frage. Die Detailfragen prüft gerade die Stabsstelle Wirtschaftsförderung - - -. Das ist ein bisschen rechtlich komplex, aber wir sind da dran und prüfen das.

## **2. Ausbau der Breitband-Infrastruktur-Absichtserklärung zwischen der Telekom Deutschland GmbH und dem Magistrat der Kreisstadt Eschwege**

Die Telekom Deutschland GmbH baut ihr Netz im Vorwahlgebiet 05651 als Teil der Telekom-Breitbandoffensive auch in Eschwege aus. Fast 10.000 Haushalte in der Kernstadt und fast allen Stadtteilen, mit Ausnahme von Albungen, weil Vorwahlgebiet 05652, werden ab Ende 2016 von dem Ausbau profitieren können. Aber bezüglich Albungen gibt es bereits Gespräche mit der Bundesnetzagentur. Dort versucht man dann in den Ausbau in dem kommenden Jahr hineinzukommen. Die Deutsche Telekom wird rund 33 km Glasfaserleitungen neu verlegen und 48 neue Multifunktionsgehäuse mit neuester Technik aufrüsten und erweitern bzw. komplett auch neu aufstellen. Die Glasfaserkabel werden von der Vermittlungsstelle bis zu den Kabelverzweigern neu gelegt. Von dort geht es zwar per Kupferkabel weiter bis ins Haus, allerdings dann mit Vectoring-Technik, wodurch, so die Telekom, sich das maximale DSL-Tempo beim Herunterladen auf bis zu 100 Megabit pro Sekunde verdoppelt sowie beim Hochladen von 10 Megabit pro Sekunde auf bis zu 40 Megabit pro Sekunde vervierfachen kann.

Die Kosten für den Ausbau in Eschwege im Rahmen der Telekom-Breitbandoffensive trägt die Telekom. Von der Kreisstadt wird lediglich erwartet, die notwendigen Genehmigungen für den Ausbau, sofern wir dafür zuständig sind, zeitnah zu erteilen (Sondernutzungen, weitere entsprechende verkehrsrechtliche Genehmigungen etc.), und dass wir bei der Standort- und Wegesicherung Unterstützung leisten und dass wir uns auch an gemeinsamen Medieninformationen, also Berichte, gemeinsame Infoveranstaltungen und einer Verlinkung der Homepage, entsprechend beteiligen.

Der Magistrat hat der Unterzeichnung der Absichtserklärung zwischen dem Magistrat der Kreisstadt Eschwege und der Telekom Deutschland GmbH zugestimmt.

## **3. Auftragsvergaben**

Im Berichtszeitraum hat der Magistrat keine Aufträge vergeben.

Herzlichen Dank.“

**Keine weiteren Wortmeldungen.**

## **3. WIEDERWAHL EINES SCHIEDSMANNS - 1 -**

---

Stv.-V. Montag:

„Ich schließe den Tagesordnungspunkt 2 und rufe auf den Tagesordnungspunkt 3 „Wiederwahl eines Schiedsmanns“. Heißt das nicht Schiedsperson jetzt? Irgendwann gab es da mal eine Änderung. Ist egal. Wir wissen alle, was gemeint ist.“

Bgm. Heppe spricht vom Platz aus:

„In dem konkreten Fall ist die Schiedsperson ein Mann.“

Stv.-V. Montag:

„Ist ein Mann, ja, ich weiß, aber das hatten wir irgendwann mal geändert. Berichterstatter ist Herr Bürgermeister Heppe, bitteschön.“

Bgm. Heppe:

„Unsere Schiedsperson ist ein Mann, deswegen dürfen wir ihn durchaus auch als Wiederwahl eines Schiedsmanns hier in dem Betreff der Vorlage darstellen.“

Es handelt sich dabei um Herrn Möller, dessen Amtszeit im März 2016 ablaufen wird. Er steht jedoch für eine weitere Amtszeit von 5 Jahren zur Verfügung. Dieses Amt, so sieht es das Hessische Schiedsamtsgesetz vor, muss entsprechend durch die Stadtverordnetenversammlung auf 5 Jahre gewählt werden. Es handelt sich dabei um eine Wahl, die nach den Grundsätzen der HGO durchzuführen ist, und die Wahlleitung obliegt dem Stadtverordnetenvorsteher. Der Magistrat empfiehlt Ihnen die Durchführung der o. g. Wahl. Herzlichen Dank.“

Stv.-V. Montag:

„Das mache ich gerne.“

Aber ich möchte auch Herrn Möller, ich weiß gar nicht, ob er hier ist, Herr Möller, nicht da, dann kann er es im Protokoll lesen, herzlich „Danke“ sagen für die geleistete Arbeit, denn man sagt so einfach „Der Schiedsmann“, aber der hat recht viel zu tun. Er muss nämlich Streite schlichten, er muss anwesend sein, das ist nicht immer die angenehmste Aufgabe und ich bin froh, dass es ehrenamtlich Menschen gibt, die sich für dieses Amt zur Verfügung stellen. Ein herzliches Dankeschön, wie gesagt, an Herrn Wilfried Möller.

Gibt es Wortmeldungen zur Wahl oder weitere Vorschläge?“

**Keine weiteren Wortmeldungen.**

Stv.-V. Montag:

„Dann kann ich zur Wahlhandlung kommen.“

Möchte jemand, dass der Schiedsmann/die Schiedsperson geheim gewählt wird? Das ist nicht der Fall. Dann können wir auch eine offene Wahl durchführen.

Sie haben den Vorschlag gehört, den der Bürgermeister gemacht hat.

Wer Herrn Wilfried Möller als Schiedsmann wiederwählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme? Das ist einstimmig.“

**Beschluss:**

Herr Möller wird für weitere 5 Jahre von 2016 bis 2021 als Schiedsmann wiedergewählt.

**Einstimmig beschlossen.**

Stv.-V. Montag:

Damit ist Herr Wilfried Möller zum Schiedsmann für weitere 5 Jahre gewählt.

#### **4. KOMMUNALINVESTITIONSFÖRDERUNGSPROGRAMM DES BUNDES UND HESSISCHES KOMMUNALINVESTITIONSPROGRAMM - PROGRAMMTEIL KOMMUNALE INFRASTRUKTUR**

##### **HIER: MASSNAHMENKATALOG**

- 2 -

---

StK. Brill:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wenn es ja nur das eine Programm wäre, dann könnte man es ja noch leicht aussprechen. Es sind noch mehrere.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben der Vorlage entnehmen können, der Bund hat Mitte des letzten Jahres ein Gesetz zur Förderung von Investitionen, ein so genanntes Kommunalinvestitionsförderungsgesetz, verabschiedet. Über dieses Gesetz gewährt der Bund den Ländern in dem Förderzeitraum 2015 bis 2018, möglicherweise wird das Ganze bis 2020 verlängert, es zeichnet sich momentan so ab, insgesamt Mittel in Höhe von 3,5 Milliarden Euro. Auf das Land Hessen entfällt dabei ein Fördervolumen von 317,1 Millionen Euro. Der Bund beteiligt sich mit diesem Programm an förderfähigen Kosten für kommunale Investitionen mit bis zu 90 % als Zuschuss. Die Länder wiederum tragen die verbleibenden mindestens 10 %. Die Ausführung dieses Gesetzes obliegt den Ländern. Die förderungsfähigen Maßnahmen teilen sich auf in die Investitionen mit Schwerpunkt Infrastruktur und die Investitionen mit Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur. Ich erspare mir, Ihnen das jetzt im Detail vorzulesen, das können sie der Vorlage entnehmen, was da alles drunter summiert worden ist. Zur Umsetzung dieses Kommunalen Investitionsförderungsgesetzes hat das Land wiederum ein Kommunalinvestitionsprogrammgesetz, kurz KIP genannt, verabschiedet. Dieses KIP regelt die Weiterleitung dieser Bundesmittel, der 90 %-igen Zuschüsse und der möglichst den Kommunen dann auch den erforderlichen Eigenfinanzmittelanteil von 10 % durch die Inanspruchnahme eines Darlehens bei der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen, Sie kennen das alle, die WI-Bank, sicherzustellen. Diese Darlehen haben eine Laufzeit von 10 Jahren. Die Tilgung ist von den Kommunen aufzubringen. Wobei die Zinsen in voller Höhe vom Land getragen werden. Also sehr interessante, lukrative Konditionen. Neben dieser Abwicklung der Bundesmittel beinhaltet das Kommunale Investitionsprogramm ein eigenes Landesinvestitionsprogramm mit verschiedenen Programmteilen. Wir gehen heute auf den Programmteil Kommunale Infrastruktur ein. Da gibt es insgesamt ein Investitionsvolumen in Hessen von 373,2 Millionen Euro. Auch hier wird dieses Volumen über die WI-Bank den Kommunen als Darlehen mit einer 30-jährigen Laufzeit zur Verfügung gestellt. Das Land übernimmt hier 4/5 der Tilgung, also 80 %, also auch ein sehr interessantes Programm für uns natürlich. Trägt in den ersten 10 Jahren die kompletten Zinsen und gewährt auf Antrag ab dem Jahr 11 bis 20 auch noch eine Zinsdiensthilfe des Landes von einem Prozent. Förderfähige Maßnahmen sind dort in der Vorlage auch aufgeführt, muss ich an der Stelle auch nicht alles im Detail ausführen.

Zusammenfassend bedeutet das für uns, wir bekommen im Bundesprogramm diesen 90 %-igen Bundeszuschuss über 1,565 Millionen Euro. Dann bekommen wir die 10 % Rahmendarlehenskontingent zur Co-Finanzierung dieses Bundeszuschusses mit 174.000 Euro, macht in der Summe 1,739 Millionen Euro, die wir vom Bund bekommen. Dazu kommt das Landesprogramm mit den 518.000 Euro, knapp 519.000 Euro, macht dann in der Summe knapp 2,3 Millionen Euro, die wir zur Verfügung haben, um diverse Investitionen in den kommenden Jahren umzusetzen, die wir dann entsprechend gefördert bekommen.

Der Magistrat hat bereits der Zuschussvereinbarung und den beiden Rahmendarlehensverträgen, die wir mit der WI-Bank abschließen müssen, bereits unterschrieben und angenommen. Wir müssen diese Maßnahmen, darüber habe ich Sie in der Dezember-Sitzung in der Stadtverordnetenversammlung bereits informiert, bis zum 30.06. dieses Jahres bei der WI-Bank, also der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen anmelden. Die erforderlichen Kreditaufnahmen im Rahmen des Kommunalen Investitionsprogramms gelten als festgesetzt und eine Nachtragssatzung ist nicht erforderlich. Im Rahmen des Landesprogrammes besteht darüber hinaus die Möglichkeit, 20 % dieses Rahmendarlehenskontingentes, und das sind bei der Stadt Eschwege etwas über 100.000 Euro, für Instandsetzungsmaßnahmen zu verwenden. Das freut den Kämmerer und hoffentlich auch Sie, weil wir diese Maßnahmen dann auch im Finanzhaushalt buchen können, die normalerweise im Ergebnishaushalt ja darzustellen sind. Das heißt also auch nochmal eine Entlastung des Ergebnishaushaltes um genau 103.000 Euro.

Letzte Information. Abweichend zum Haushaltsrecht, zum allgemeinen Haushaltsrecht, wo die Abschreibungsdauer sich ja immer an der Abnutzungsdauer und an der Nutzungsdauer der Investitionen orientiert, ist das hier beim KIP-Programm anders. Die Laufzeit der Darlehen, nämlich von 30 Jahren ist gleich der Abschreibungszeitraum, was für uns natürlich auch wiederum eine Entlastung auch im Ergebnishaushalt darstellt.

Sie haben der Vorlage entnehmen können, in der Anlage einen Maßnahmenkatalog, wie wir diese 2,3 Millionen Euro verwenden wollen. Der Maßnahmenkatalog ist im Wesentlichen von Fachbereich 4 erarbeitet worden. Wir haben in diesem Maßnahmenkatalog gelb gekennzeichnet all die Maßnahmen, die wir sowieso im Zeitraum bis 2019 vorgesehen hatten als Investitionen. In der Summe sehen Sie, dass das insgesamt Maßnahmen sind, die sich auf 1,85 Millionen Euro belaufen, also Dinge von 1,85 Millionen Euro, die wir in den kommenden Jahren von 2016 in diesem Haushaltsjahr bis 2019 sowieso vorgesehen hatten und wo wir jetzt die Bundes- und Landesmittel nutzen können, um sie durchzuführen und damit natürlich erheblich auch unsere Kreditaufnahme senken können. Darüber hinaus haben wir Maßnahmen Ihnen vorgeschlagen, und das war auch am Dienstag im Finanzausschuss und im Bau- und Planungsausschuss, in Höhe von gut 500.000 Euro, die jetzt zusätzlich dazugekommen sind.

Wenn Sie nochmal auf den Katalog gucken, dann sehen Sie, wir haben die Schwerpunkte gesetzt im barrierefreien Umbau, ein Schwerpunkt, zweiter Schwerpunkt, wesentlicher Schwerpunkt energetische Sanierungsmaßnahmen bei unserer Infrastruktur, dritter Schwerpunkt Maßnahmen zur Verbesserung der Mobilität und letzter Schwerpunkt Kommunale Infrastruktur, Investitionen, Sonstige, darunter fallen unter anderem halt auch die Erweiterung, die wir auf der Torwiese vorhaben und dann habe ich schon darauf hingewiesen, dass wir für diese kleineren Instandhaltungsmaßnahmen, diese 103.000 Euro auch angesetzt haben. Die können wir nicht auf die verschiedenen Haushaltsjahre verteilen. Wäre mir eigentlich lieber gewesen. Das im Jahr 2017 zu nutzen, weil wir nicht wissen, wie da der Haushalt aussieht, das hätte ihn schon mal um 100.000 Euro im Ergebnishaushalt entlastet. Das geht aber nicht. Wir müssen das im Jahr 2016 tatsächlich auch so darstellen.

Ja, so viel meine Damen und Herren, zur Vorlage. Den Beschlussvorschlag kennen Sie. Auf der einen Seite das Ganze anzumelden bei der WI-Bank und darüber hinaus, das ist sehr wichtig, falls es nochmal Veränderungen geben sollte, Ergänzungen bei den Maßnahmen geben sollte, dann soll der Finanz- und der Bau- und Planungsausschuss, beide Ausschüsse sollen beauftragt werden, dann darüber auch abzustimmen und die Dinge auf den Weg zu bringen, so dass wir kurze Wege Richtung WI-Bank und Richtung Wiesbaden haben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich gehe davon aus, dass jetzt glaube ich der Stadtverordnete Heinz aus dem Finanzausschuss und aus dem Bau- und Planungsausschuss berichtet. Danke.“

Stv. Heinz (Vorsitzender des Finanzausschusses):

„Ja, Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren, werde Gäste. Mit dem eben genannten Thema haben sich der Bau- und Planungsausschuss und der Finanzausschuss in einer gemeinsamen Sitzung vorgestern, also am Dienstag, intensiv befasst. In Absprache mit dem Stadtverordnetenvorsteher und dem Vorsitzenden des Bau- und Planungsausschusses gebe ich jetzt den Bericht für beide Ausschüsse.

Auf unserer Sitzung hat zunächst der Stadtkämmerer Reiner Brill sowie eben auch uns zunächst noch einmal den Sachverhalt, also die Grundlagen, die Voraussetzungen, die Maßnahmen, die finanzielle Abwicklung der beiden Förderprogramm knapp umrissen, und anschließend hat er das getan, was wir heute eigentlich beschließen müssen, nämlich den Katalog der Maßnahmen erläutert, die nach dem Vorschlag der Verwaltung beteiligt sind, da die Fachbereiche 2 und 4, umgesetzt werden sollen und die ja vom Magistrat bereits beschlossen sind. Und die müssen dann, wie gesagt, bis Ende Juni bei der WI-Bank zur Förderung angemeldet werden.

Es handelt sich bei den Maßnahmen, auch das hat der Kämmerer schon gesagt, und das ist uns dort erläutert worden, um 2 Gruppen von Investitionsvorhaben. Einerseits Maßnahmen, die bereits im

Haushaltsplan oder im Investitionsprogramm vorgesehen waren, die umfassen gut 1,8 Millionen Euro, sowie um zusätzliche Maßnahmen in Höhe von rund 460.000 Euro, die aber in den kommenden Jahren sowieso früher oder später angefallen wären. Vielleicht noch der Hinweis, dass wir eine zweite Vorlage heute auf den Tischen finden, eine aktualisierte Vorlage, wo noch eine zusätzliche Maßnahme aufgenommen worden ist, nämlich die Wiedererrichtung der Brücke über den Cyriakusbach, worüber sich nicht nur der Stadtverordnetenvorsteher freut, nachdem ja ein bestehendes Bauwerk vor zwei Jahren aus Sicherheitsgründen abgerissen worden war. Da sind die Investitionsvolumina so um die 45.000 Euro. Da es sich bei den geplanten Maßnahmen großteils um Projekte handelt, die sowie hätten umgesetzt werden müssen, spart die Stadt natürlich durch Inanspruchnahme der Fördermengen insgesamt rund 1,8 Millionen investive Mittel. Dazu kommt natürlich noch dann, wenn die energetische Sanierung vollzogen worden ist, die erwartbare Energieeinsparung und um diesen Betrag reduziert sich dann der Kreditbedarf der Stadt. Andererseits eröffnet sich aber auch, auch wenn der Kämmerer das vielleicht nicht so gern hört, natürlich dann durch dieses Geld Möglichkeiten für weitere Investitionsmaßnahmen. Ist ja so. Bei der Diskussion in der Ausschusssitzung wurden dann von mehreren Stellen, von mehreren Seiten die auffällig hohen Planungskosten beim Objekt Wacholderweg, die betragen rund 70.000 Euro, kritisch hinterfragt. Bürgermeister und Kämmerer haben dann Erläuterung durch den zuständigen Fachdienst in der nächsten Ausschusssitzung zugesagt. Auf Nachfrage der Grünen zur Umsetzung der dringend notwendigen energetischen Sanierung anderer kommunaler Wohngebäude hat dann der Bürgermeister erläutert, dass eben der Wacholderweg jetzt zunächst einmal aufgenommen worden ist, weil wegen des dringenden Handlungsbedarfes hier natürlich der Weg in das Förderprogramm am leichtesten zu realisieren ist, aber der städtische Wohnungsbestand werde, so hat er versichert, nach und nach natürlich ebenfalls modernisiert.

Bei der Maßnahmenumgestaltung der Friedrich-Wilhelm-Straße, 4. Bauabschnitt, soll dann auf Anregung aus den Reihen der Grünen auch die Anlegung eines Fahrradstreifens geprüft werden.

Beide Ausschüsse empfehlen Ihnen einstimmig ohne Gegenstimme und ohne jede Enthaltung vorläufig gemäß zu beschließen. Besten Dank.“

#### Stv. Kühnel:

„Ja, Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist ja eigentlich alles schon gesagt worden. Was mir im Wesentlichen nur noch bleibt, Danke zu sagen. Danke, Danke, Danke. Der erste Dank gilt der schwarz-roten Bundesregierung, die die Stadt Eschwege im Rahmen des Kommunalen Investitionsförderungsgesetzes, langes Wort, über 1,5 Millionen Investitionszuschüsse gewährt. Der zweite Dank gilt dann der schwarz-grünen Landesregierung, die diese Maßnahmen bündelt und für weitere Mittel von knapp 700.000 Euro einen Großteil der Tilgung und der Zinsen übernimmt. Das Land hat darüber hinaus bundesweit einmalig, alle anderen 15 Bundesländer haben es nicht gemacht, diese Maßnahmen gebündelt und hat Bedingungen geschaffen, die der Kämmerer ebenso lobend erwähnt hat, zum Beispiel die Abschreibungsdauer auf 30 Jahre, die Tatsache, dass Erhaltungsaufwendungen teilweise im Finanzhaushalt dargestellt werden können, nicht im Ergebnishaushalt, und auch die Tatsache, dass wir durch all diese Besserung nicht verpflichtet sind, einen Nachtragshaushalt, eine Nachtragssatzung zu verabschieden. Also alles Maßnahmen, die das Ergebnis 2016 nachhaltig verbessern werden. Der dritte Dank gilt natürlich unserem Fachbereich 4, der diesen Maßnahmenkatalog erarbeitet hat. Überwiegend Maßnahmen, die für 2016 ff. sowieso schon geplant sind und die wir nun durch Bundesmittel finanzieren können. Die gesamte Kostenersparnis, Herr Heinz hat es schon erwähnt, für Eschwege beträgt ca. 1,8 Millionen Euro. Herr Heinz hat auch schon erwähnt, durch die energetische Sanierung städtischer Grundstücke wie den Wacholderweg, den Dorfgemeinschaftshäusern in Niederdünzabach und in Niederhone und der Stadtbibliothek, wo auch LED-Leuchten installiert werden sollen, werden weitere Energiekosten eingespart werden können. Meine Damen und Herren, das Programm soll bis mindestens 2019 laufen, so dass also ausreichend Zeit verbleibt, all diese Maßnahmen, die ja eh teilweise schon geplant waren, auch umzusetzen. Man kann zu diesen geplanten Maßnahmen also sagen, wir schaffen das. Übrigens auch im Hinblick auf die Gäste vom Ausländerbeirat, wir schaffen das. Ich bin froh, meine langjährige Laufbahn als Stadtverordneter mit einer solchen Dankesrede beschließen zu können und möchte daher unabhängig von diesem Tagesordnungspunkt ganz persönlich Ihnen allen danken. Der Verwaltung für die guten Vorlagen, der

Presse, den Zuschauern und Wählern, den Stadtverordneten für die regen Diskussionen und Debatten und ganz besonders natürlich meiner eigenen Fraktion und auch für die Geduld, die Sie mit mir hatten. Meine Damen und Herren, vielen, vielen herzlichen Dank.“

Stv.-V. Montag:

„Dankeschön, Herr Kühnel, und ich darf Ihnen in Ihren neuen beruflichen Zielen alles Gute wünschen und Ihnen Danke sagen für Ihre Mitarbeit. Dankeschön.“

Stv. Hölzel:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das kommunale Investitionsförderprogramm ist durchaus auch für uns Freie Wähler als sinnvoll zu betrachten. Ist es und bleibt es so, dass Projekte für das Programm mit angemeldet werden, die ohnehin in unserem Investitionsplan der kommenden Jahre stehen. Wir wären ja schlecht beraten, und keiner würde es verstehen können, wenn wir die avisierten Fördergelder ausschlagen würden. Das Programm kommt aber leider so schnell, dass uns wenig Zeit verblieb, uns umfangreich vorbereiten zu können. Damit stehen wir von der FWG, so meine Info, aber auch nicht alleine. Ein Projekt allerdings, welches in dem Programm mit aufgeführt wurde, hatte unsere Verwunderung beschert. Die städtische Liegenschaft im Wacholderweg —. Eine Herzensangelegenheit von unserem Stadtverordnetenvorsteher, verstehe ich auch voll und ganz. Man kann den Wacholderweg durchaus aber auch kritisch betrachten und man muss ihn, glaube ich, mittlerweile auch politisch sehen. Ein Wohnhaus auf dem Heuberg, für welches vor ca. 8 Jahren ein Käufer bereit stand, wurde dann laut Stadtverordnetenbeschluss letztendlich doch nicht verkauft. Dass dieses so war, bedauert die FWG heute noch. Hatte sie denn sich später als falsch herausstellende Information seinerzeit vertraut und entschieden, leider gegen den Verkauf zu stimmen. Im Jahr 2010 ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, das Gebäude einer einfachen energetischen Sanierung zu unterziehen. Immer wieder wird nach dem Stand des Verkaufs bzw. nach einer Sanierung in dieser Stadtverordnetenversammlung, in diversen Bau- und Planungsausschüssen nachgefragt. Mehrmals in aktueller Legislaturperiode ist der Wacholderweg Thema im Magistrat. Der Fachdienst 43 ermittelt ein Investitionsvolumen von über 1,7 Millionen Euro und weist darauf hin, dass die Bauweise und der Zustand des Anwesens eine einfache energetische Sanierung geradezu verbietet. Das notwendigste Invest aber mit einer realistischen Mieteinnahme nicht verantwortbar sei. Und heute, neben den im Maßnahmenkatalog fragwürdigen 70.000 Euro Planungskosten für den Wacholderweg werden zusätzlich 201.000 Euro für genau die vom Fachdienst 43 nicht praktikablen einfachen energetischen Sanierungen in den Plan mit aufgenommen. Da muss man sich kneifen, oder? Meine Damen und Herren, wir reden bei dem Wacholderweg 2 - 4 über einen Nachkriegsbau, welcher mit damals niedrigsten Baukosten, wenig hochwertiger Bausubstanz auf die Schnelle hochgezogen worden ist, weil man dringend Wohnungen benötigte. Dieser Bau hat nachweislich und definitiv reichlich Baufehler. Damit stehen wir als Eigentümer aber nicht alleine da. Allein auf dem Heuberg gibt es weitere 25 oder 50 solcher Bauten, größtenteils, obwohl schon saniert, leerstehend. In anderen Regionen Deutschlands trennt man sich hier und da durchaus mit schwerem Herzen von dem Alten, aber nicht gerade Erhaltungswürdigen und schafft dringend benötigten Platz für Neues, um nicht noch mehr Bauland auf der grünen Wiese ausweisen zu müssen. Das ist sympathisch. Aber nachher kommt ja noch ein Antrag, ein für uns sympathischer Antrag der CDU und liegt ja auch zur späteren Beratung dann bereit. Zurück zum Wacholderweg. Bei der Diskussion um ihn wird mir immer wieder die Weisheit der Dakota-Indianer bewusst: „Wenn Du entdeckst, dass Du ein totes Pferd reitest, steig ab.“ Sie verstehen bitte, dass wir Freien Wähler dieser Maßnahme um den Wacholderweg in dieser Form nicht zustimmen werden. Gleichzeitig wollen wir aber den restlichen Maßnahmenkatalog und seiner positiven Umsetzung, welche wir ja zu Beginn gelobt haben, nicht im Wege stehen. Daher werden wir uns bei der Abstimmung enthalten. Ich danke Ihnen.“

Stv. Gassmann:

„Sicher ist sicher. Wer weiß, wie viel Zwischenrufe kommen und wie lange das dann dauert.“

Herr Vorsitzender, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen und sehr geehrte Zuhörer.

Herr Hölzel, Wohnraum vernichten, in einer Zeit wie heute, das passt überhaupt nicht. Sicher, die jetzige Investition, die jetzt geplant ist, das ist schon ein Batzen Geld, aber es sind ja auch eine Menge Wohnungen in den drei Häusern. Und von daher denke ich, ist das gut angelegtes Geld. Es sind einfache Wohnungen, keine Frage, aber wir brauchen auch in Eschwege einfachen und bezahlbaren Wohnraum. Deswegen Wohnraum vernichten wäre falsch.

Zu den Investitionen und zu den Lobreden auf die Bundesregierung und Landesregierung und was weiß ich nicht noch alles, ja, möchte ich mal eine Bemerkung machen. Die Kommunen werden seit Jahren, nein, der Staat, die öffentliche Hand, wird seit Jahren kaputt gespart. Es wird seit Jahren kaputt gespart. Wir haben einen Investitionsstau in Deutschland in den Kommunen, der ist einfach atemberaubend. Und das, was wir jetzt an Fördermitteln kriegen, ist gut, ist schön, aber es ist ein Tropfen auf den heißen Stein, da muss noch deutlich mehr kommen, und es ist auch finanzierbar. Es muss deutlich mehr kommen.

Trotzdem möchte ich ein paar kritische Sachen anmerken zu dem Verfahren, das hier zu dieser Vorlage geführt hat. Die Linke hat keinen Vertreter im Magistrat. Das hat jetzt aus unserer Sicht die Konsequenz, ich weiß nicht, wie das in den anderen Fraktionen ist, ob dieses Maßnahmenbündel da beraten worden ist in einzelnen Dingen, frühzeitig beraten worden ist. Also zumindest, wir haben keinen Vertreter, wir haben erst vor ca. 6 Tagen Kenntnis von diesen Investitionsvorhaben bekommen, bzw. Kenntnis davon bekommen, dass diese Investitionsvorhaben jetzt vorgezogen werden sollen. Vor 6 Tagen. So, zumindest wir als Linke hatten keinerlei Gelegenheit, uns dazu Gedanken zu machen, nicht ausreichend Gelegenheit dazu Gedanken zu machen, welche Maßnahmen wir denn noch einbringen könnten. Es wäre ja auch immerhin denkbar gewesen, neue Maßnahmen aufzunehmen, und das hätten wir gern in Angriff genommen. Dazu hat die Zeit nicht gereicht, und dazu hat auch die Ausschusssitzung nicht gereicht, mit Sicherheit nicht. Das ist ein vorgelegtes Konzept, das ausgearbeitet wurde von der Verwaltung, sicherlich, gar keine Frage, die Maßnahmen, die hier drinstehen, sind sicherlich sinnvoll, aber nichts desto trotz wäre es besser gewesen, wir hätten uns da besser mit einbringen können oder stärker mit einbringen können. Ich möchte aus diesem Investitionsvorhaben, aus dem Maßnahmenkatalog eine Maßnahme herausgreifen, das ist die barrierefreie Umgestaltung der Friedrich-Wilhelm-Straße für 560.000 Euro, 4. Bauabschnitt, also das ist jetzt ein weiterer Bauabschnitt, der in der Friedrich-Wilhelm-Straße realisiert werden soll. Barrierefreie Umgestaltung 560.000 Euro. Und dann auch andere Maßnahmen. Ich bitte darum, die Verwaltung, darauf zu achten, dass der Misstand in den Ortsteilen, wir haben in den Ortsteilen, aber auch in Eschwege selbst, in der Kernstadt selbst, sehr viele Beschwerden wahrgenommen über den Zustand von Gehwegen, über den Zustand von Straßen und von daher denke ich, sollte man auch seitens der Verwaltung hier in die Stadtteile mehr Geld investieren und auch diese Schäden beseitigen, denn die führen immer wieder zu Ärgernissen, und das weiß ich aus eigener Anschauung von Beschwerden der Menschen in den Stadtteilen. Danke.“

#### Stv.-V. Montag:

„Dankeschön Herr Gassmann. Die Beschwerde ist auch an mich herangetragen worden. Es handelt sich um eine Beschwerde, und wer diese Pfütze je in Augenschein genommen hat, der wird über diese Beschwerde nicht mehr reden. Ich habe mich gerade mit Herrn Hölzel, die anderen Fraktionen scheinen diesen Brief auch bekommen zu haben, ich bin aber hingefahren, habe mir das angeguckt, habe mit dem Beschwerdeführer gesprochen, weil er mich darum gebeten hat, oder ich mir das auch angucken wollte. Die Beschwerde war nicht so eine Beschwerde, wie eigentlich eine Beschwerde sein sollte. Also, da gibt es schlimmere Ecken. Soviel dazu.“

#### StK. Brill:

„Nur eine Bemerkung zum Thema Sanierung von Straßen und Plätzen und Gehwegen in der Kreisstadt Eschwege. Ich darf daran erinnern, Haushalt 2016, den haben Sie auch mit diskutieren dürfen,



haben wir 150.000 Euro zusätzlich in den Haushalt aufgenommen, um Sanierungsarbeiten, insbesondere im Straßenbereich durchführen zu können. Wir haben draufgesattelt auf das, was wir sowieso schon am hohen Ansatz hatten.“

Stv. Jung:

„Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen Stadtverordnete, Entschuldigung für den Radau, den ich da gemacht haben, aber es ist manchmal ein bisschen schwierig, da hinten rauszukommen aus den Sitzreihen.

Grundsätzlich gehen wir völlig d'accord mit der Umsetzung des Kommunalen Investitionsprogramms hier in Eschwege als Grüne. Es gibt allerdings einen Punkt, den wir gerne stärker betont gesehen hätten, nämlich den Bereich der energetischen Sanierung der eigenen städtischen Wohngebäude. Weil wir glauben, dass zeitgemäßer und bezahlbarer Wohnraum für Bürgerinnen und Bürger mit niedrigen Einkommen hier in Eschwege dringend notwendig sind, deren Schaffung. Das haben wir ja auch schon mal versucht, in einem Antrag deutlich zu machen in der Stadtverordnetenversammlung. Der ist leider mehrheitlich abgelehnt worden. Also, das wäre eine Chance gewesen, denn die Sanierung dieses Wohnraumes steht sowieso an, auch wenn die Kreditkonditionen im kommunalen Investitionsprogramm, jedenfalls nach Auskunft des Bürgermeisters als Dezernenten und des Stadtkämmerers, nicht so günstig sind, wie die Konditionen für die übrigen Maßnahmen, aber da sie sowieso hätten durchgeführt werden müssen und zumindest die Zinskostenbeihilfe geflossen wäre, sind wir schon der Meinung, dass da eine stärkere Schwerpunktsetzung hätte erfolgen müssen. Gut, es ist so nicht erfolgt, das ist schade, aber das ist für mich ein bisschen so wie ich möbliere mein Wohnzimmer neu, was sehr löblich ist, aber solange wie es noch durch das Dach reinregnet, macht das nicht allzu viel Sinn. So, das dazu. Erfreulich ist, dass die Cyriakusbachbrücke, zumindest der Neubau als Ersatzmaßnahme aufgenommen worden ist und ebenso erfreulich ist, wenn der Radwegelückenschluss zwischen dem Stadtbahnhof und der Innenstadt beim Ausbau der Friedrich-Wilhelm-Straße ebenfalls in Form von einem Radwegeschutzstreifen und einer Beschilderung ebenfalls mit realisiert werden können, dann sind wir trotz Kritik bei der energetischen Sanierung, aber ansonsten sind wir rundum zufrieden mit der Umsetzung und werden natürlich dem kommunalen Investitionsprogramm vorlagegemäß auch zustimmen. Danke sehr.“

Stv.-V. Montag:

„Dankeschön Herr Jung. Vielleicht noch ein Wort von mir. Ich wollte es erst eigentlich gar nicht sagen. Herr Hölzel, es ist jemand hier im Saal, der wohnt im Wacholderweg. Der hat mir in der Ausschusssitzung berichtet, wie wichtig und wie notwendig diese Sache ist. Er ist froh, dass er diese Wohnung gefunden hat, wo er mit seiner Familie lebt und er freut sich auf diese Maßnahmen und findet das richtig gut. Ich wollte es Ihnen nur nochmal sagen.“

**Keine weiteren Wortmeldungen.**

**Beschluss:**

1. Die aufgeführten Maßnahmen zur Umsetzung der Kommunalinvestitionsprogramme des Bundes und des Landes werden bei der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen angemeldet.
2. Die abschließende Beschlussfassung im Falle späterer Änderungen oder Ergänzungen zu den Maßnahmen werden auf den Finanz- und den Bau- und Planungsausschuss gem. § 62 Abs. 1 HGO übertragen.

**Mit 30 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen.**

## **5. BETEILIGUNGSBERICHT DER KREISSTADT ESCHWEGE**

**- BERICHTSZEITRAUM: 2014**

**- 2 -**

---

StK. Brill:

„Meine sehr verehrten Damen und Herren. Auch für das Jahr 2014 kommen wir unserer Berichtspflicht nach. Und zwar müssen wir berichten über alle Unternehmen, an denen wir mit 20 % mindestens beteiligt sind. Das betrifft im Berichtszeitraum 2014 die Stadtwerke Eschwege, die Seniorenwohnheime Eschwege, die Erneuerbaren Energien Eschwege Komplementär GmbH, die Projektentwicklungsgesellschaft, die Kluthe Gemeinnützige Fördergesellschaft und die ESP GmbH, also Schlossplatzparkgesellschaft.

Sie haben, wenn Sie den Bericht aufmerksam studiert haben, feststellen können, dass kein Unternehmen, an dem wir mit mindestens 20 % beteiligt sind, im Berichtszeitraum in irgendeiner Art und Weise im Bestand gefährdet gewesen sind oder dass es gar irgendwelche turbulente problematische wirtschaftliche Entwicklungen gegeben hat. Das ist nicht festzustellen.

Ich darf Ihnen 2, 3 wenige Kennzahlen nennen zu den einzelnen Unternehmen, an denen wir beteiligt sind. Stadtwerke Eschwege, meine ich, eine erfreuliche Entwicklung, der Jahresüberschuss ist gegenüber 2013 nochmal deutlich gestiegen auf über 635.000 Euro, eine Eigenkapitalquote von 38,9 %, das ist mehr als stattlich und kann sich sehen lassen. Die Seniorenwohnheime Eschwege, da haben wir die Weichen inzwischen anders gestellt, aber in 2014 waren sie noch eine gGmbH wo wir mit 49 % beteiligt gewesen sind. Eigenkapitalquote auch von 35,9 % und in 2014 endlich auch mal wieder eine schwarze Zahl geschrieben. Eine erfreuliche Entwicklung. Die Projektentwicklungsgesellschaft darf ich noch aufmerksam machen, mit einem Jahresfehlbetrag von etwas über 50.000 Euro aufgrund einer schwierigen Nebenkostenabrechnung, die für den Fehlbetrag verantwortlich ist. Und letztlich noch der Blick auf die ESP, also auf die Parkdeckgesellschaft, da eine sehr erfreuliche Entwicklung, wenn Sie sich das Bild der letzten Jahre angucken, das erste Mal ein Überschuss von 11.000 Euro erwirtschaftet. Das Parkdeck wird einfach gut angenommen, ist gut frequentiert. Wir bitten um Kenntnisnahme. Der Bericht wird 7 Tage öffentlich ausgelegt. Die Bürger können ihn einsehen, und dann haben wir unserer Berichtspflicht genüge getan. Vielen Dank.“

**Keine Wortmeldungen.**

**Beschluss:**

Kenntnisnahme.

## **6. AUDIT FAMILIENGERECHTE KOMMUNE**

**- BESCHLUSSFASSUNG DER ZIELVEREINBARUNG**

**- 33 -**

---

StK. Brill:

„Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Stadtverordnetenvorsteher. Der Vorsteher hat eingangs darauf hingewiesen, wir haben in der Legislaturperiode so umgerechnet 450 Tagesordnungspunkte diskutiert und verabschiedet. Ich bin der Meinung, das, was wir heute verabschiedet werden, hoffentlich verabschiedet werden, ist einer auch der wichtigen und bedeutendsten Tagesordnungspunkte in der Legislaturperiode. Wenn Sie heute zustimmen, meine Damen und Herren, der Vorlage, dann ist das ein ganz großer Schritt, damit wir als erste Kommune in Hessen als familiengerecht zertifiziert werden können. Und familiengerecht, das will ich an der Stelle nochmal deutlich hervorheben, ist deutlich mehr, als nur familienfreundlich. Familiengerecht meint, dass Familien mit ihren vielfältigen Bedürfnissen und Interessen, die sie haben, auch zu ihrem Recht kommen, dann auch angemessen

unterstützt und gefördert zu werden. Beispielsweise um Familie und Beruf miteinander zu verbinden, oder auch wenn sie in schwierigen Lagen sind, das Recht haben, fachlich kompetent beraten zu werden. Der Nutzen des Audits, meine Damen und Herren, besteht also vor allen Dingen darin, dass es zu konkreten Verbesserungen für Familien kommt, und wenn Sie den Maßnahmenkatalog studiert haben und im Ausschuss für Soziales und Kultur ist er ausführlich vorgestellt worden, dann wissen Sie, dass wir eine Vielzahl von Maßnahmen jetzt auch beschrieben haben, die zu mehr Familiengerechtigkeit in der Kreisstadt Eschwege führen können und führen werden. Neben dem Nutzen, dem unmittelbaren Nutzen für die Familien ist dieser Audit-Prozess, der sich ein Jahr ungefähr hingezogen hat, und das war eine sportliche Aufgabe im Rahmen eines Jahres das alles durchzuführen, besteht der Nutzen auch darin, dass tatsächlich auch die Netzwerke die Kooperation vor Ort deutlich ausgebaut werden und auch ausgebaut werden müssen, weil halt viele Akteure in dem Bereich, das sind wir ja nicht nur als Kommune allein, da haben wir den großen öffentlichen Träger der Jugendhilfe, das Jugendamt, das wesentlich auch mit darüber entscheidet, wie Familien unterstützt werden. Wir haben die vielen freien Träger in dem Bereich. Es geht also darum, auch an der Stelle diese Netzwerke zu festigen und auszubauen und wir haben ja auch einiges an Maßnahmen benannt, gerade in der Kooperation mit dem Landkreis, um da voranzukommen.

Der zweite wichtige Punkt an der Stelle ist auch nochmal, möchte ich auch erwähnen, dass wir innerhalb der Verwaltung zu einem familiengerechten Handeln kommen. Familiengerechtigkeit ist halt nicht nur eine Thema des Fachdienstes 33, also Fachdienst Familie und Soziales, sondern Familiengerechtigkeit heißt halt, dass da Planungen mit einbezogen werden, wenn es um Stadtplanung/Stadtentwicklung beispielsweise geht, die Immobilienwirtschaft ihre Rolle spielen muss, wenn es um das Thema Wohnen geht, familiengerechtes Wohnen geht, oder auch natürlich das Thema Organisation und Personal, also der Fachdienst ist da auch mit gefragt.

Dritter Punkt, auch das ist wichtig, wenn man sich in diesen Audit-Prozess begibt, dann geht es letztendlich darum, eine familienpolitische Strategie zu entwickeln, eine klare politische Strategie zu entwickeln, wenn man sie denn noch nicht hat. Eine Strategie, die langfristig dann auch verfolgt werden kann und umgesetzt werden kann. Langfristig heißt, über einen Prozess dann von 3 Jahren auch.

Sie haben den Unterlagen, meine Damen und Herren, entnehmen können, dass dieser Audit-Prozess begonnen hat mit einer sehr umfangreichen Bestandsaufnahme in insgesamt 6 zentralen Handlungsfeldern, die in der Vorlage auch beschrieben sind, die muss ich jetzt nicht nochmal alle aufführen. Und die Bestandsaufnahme hat schon gezeigt, und das war glaube ich schon ein ganz wichtiger Schritt für uns auch nochmal, er hat schon gezeigt, dass wir bereits als Familienstadt sehr gut aufgestellt sind, dass wir sehr gut positioniert sind und dass wir auch über eine klare familienpolitische Strategie verfügen. Und wesentlicher Grundpfeiler dieser Strategie ist, dass wir präventiv arbeiten, dass wir eine präventive Infrastruktur haben, um Familien früh zu fördern, um Stärken zu stärken und Schwächen halt dann auch zu Schwächen zu vermindern und unser Ziel ist es, die Kinder entlang ihres Lebenslaufes auch zu fördern und kein Kind zurückzulassen. Das ist unsere Strategie und an der arbeiten wir seit mehreren Jahren.

Die Bestandsaufnahme hat insbesondere positiv hervorgehoben und bewertet, dass wir eine sehr gute Betreuungsinfrastruktur für Kinder haben unterschiedlicher Altersgruppen und eine gute frühkindliche Bildungsinfrastruktur. Dass wir sehr gute Bildungsangebote insgesamt für Kinder, Jugendliche und Erwachsene haben, das reicht von der Stadtbibliothek über das differenzierte Schulangebot bis hin zur Volkshochschule. Und mit der Aufzählung dieser Institutionen will ich auch eines nochmal deutlich machen, wir sind natürlich auch besonders gut aufgestellt, weil wir als Kreisstadt davon profitieren, dass viele freie Träger mit ihren Bildungsangeboten, mit ihren Angeboten zur Information und zur Beratung auch in der Kreisstadt Eschwege ihren Sitz haben, und das ist für unsere Familien natürlich sehr gut. Da finanzieren wir höchstens mal einen kleinen Beitrag mit, aber ein Großteil wird ja dann von den Trägern oder möglicherweise von öffentlichen Trägern der Jugendhilfe finanziert.

Vierter Punkt, wir haben auch eine sehr, sehr gute Infrastruktur, Freizeitmöglichkeiten für Familien, egal, ob das im Sportlichen, ob das im musischen, ob das im freizeitpädagogischen Bereich ist, ich glaube, da müssten wir einen Vergleich mit anderen Kommunen nicht scheuen.

Nichts ist so gut, dass es nicht noch besser werden kann, keine Frage, und so haben diese beiden Strategieworkshops, die wir durchgeführt haben und daran waren beteiligt natürlich Experten aus unserer eigenen Verwaltung, aus der Politik, die Politik war ja immer mit eingebunden gewesen, das Angebot haben wir immer gemacht, Experten aus der Jugend-, aus der Familien- und aus der Altenhilfe haben in zwei Strategieworkshops auch Entwicklungsbedarf und Notwendigkeiten festgestellt. Ich will drei Punkte nennen, wo wir, ich sage jetzt mal, Luft nach oben haben.

Der erste Punkt ist die Beteiligung von Kindern, von Jugendlichen, von Familien an Planungs- und auch an Entscheidungsprozessen. Wenn ein Spielplatz gebaut wird, müssen wir sie frühzeitig mit beteiligen. Wenn öffentliche Räume gestaltet werden, müssen wir sie stärker frühzeitig beteiligen. Daran haben wir zu arbeiten. Ein großer Handlungsbedarf wird uns nachher ein anderer Tagesordnungspunkt ja noch beschäftigen, ist das Thema Wohnen. Es fehlt an zeitgemäßem und auch an bezahlbarem Wohnraum für Familien, insbesondere mit 2 und mehr Kindern, aber auch für ältere Menschen. Und wenn Sie die Vorlage aufmerksam gelesen haben, haben Sie auch festgestellt, der Familienbegriff bedeutet mehr als dass es sich um die klassische Familie mit 1 oder 2 Kindern handelt, sondern wir reden von Familie dort, wo man gegenseitig Verantwortung füreinander nimmt, also auch für die ältere Generation oder die ältere Generation für die jüngere. Das ist der Familienbegriff, so wie wir ihn auch in Anlehnung am Familienbericht definiert haben. Und wir müssen glaube ich auch noch besser werden bei der frühen und bei der kontinuierlichen Förderung von Kindern aus so genannten sozial- und bildungsbenachteiligten Familien.

Neben der Bestandsaufnahme, neben der Strategieentwicklung, gab es noch eine so genannte Beteiligungsphase und in dieser Beteiligungsphase, auch das haben Sie der Vorlage entnehmen können, haben wir schon konkrete Projekte auch entwickelt und teilweise auch schon umgesetzt, um die Situation für Familien auch zu verbessern, um sie zu unterstützen und zu fördern.

Ich nenne kurz 3 Maßnahmen an der Stelle, stellvertretend für anderes. Punkt 1 die Einführung der Familienkarte Plus. Punkt 2 Vorschläge zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Familie und Pflege in der Stadtverwaltung selbst. Wir wollen als Stadt auch vorbildliche Arbeitgeber werden. Spannend im Übrigen an uns ist schon eine Bank herangetreten, nachdem sie die entsprechenden Veröffentlichungen dazu gelesen hat, hat gesagt, wir wollen mal mit Ihnen ins Gespräch kommen. Wie machen Sie das eigentlich? Wie werden Sie familiengerecht auch innerhalb der Verwaltung? Also, da wollen wir auch ein Stück weit Vorbildcharakter sein, und da sind ganz konkrete Maßnahmen ja auch definiert, das haben Sie dort lesen können, die wir auch in diesem Jahr schon beginnen umzusetzen. Dritter Punkt in dem Zusammenhang, wir wollen ein Familienbüro einrichten. Da haben wir einen entsprechenden Antrag beim Sozialministerium jetzt auch gestellt, soll eine Servicestelle, eine Info-Stelle, eine Beratungsstelle für Familien werden.

Insgesamt haben wir in diesen 6 Handlungsfeldern 15 Ziele und 29 Maßnahmen formuliert, die wir in den kommenden 3 Jahren umsetzen wollen. Das ist aber auch, darauf möchte ich nochmal hinweisen, in den kommenden 3 Jahren natürlich ein dynamischer Prozess. Wenn sich an der Lebenssituation, an der Lebenswirklichkeit von Familien oder von bestimmten Zielgruppen, das ist ja auch keine homogene Masse, die Familie, was verändert, dann müssen wir darauf auch reagieren, müssen nachsteuern, müssen möglicherweise auch das Eine oder Andere, die eine oder andere neue Maßnahme oder Projekt entwickeln. Das ist sicherlich ein anspruchsvolles Vorhaben, diese 29 Maßnahmen, das ist ein anspruchsvolles Programm, aber ich glaube, das ist eine Geschichte, die sich im Interesse unserer Familien wirklich auch lohnen wird. Wir werden dadurch nachhaltig die Lebenssituation von Familien in unserer Stadt nochmal verbessern können und unserem Anspruch „Familienstadt“, das ist ja ein strategisches Ziel der Kreisstadt Eschwege, an dem wir intensiv arbeiten, unserem Anspruch Familienstadt, familiengerechte Stadt zu sein und werden dann dies auch einlösen können.

Ja, so viel von mir zur Einführung nochmal. Ein kurzer Abriss des Projektzeitlaufes und Fahrplanes. Das Ganze ist nur möglich geworden auch innerhalb dieser kurzen Zeit umzusetzen, weil die Mitarbeiter in der Verwaltung mitgezogen haben, auch fachbereichsübergreifend, muss man an der Stelle sagen, und weil natürlich der Fachdienst 33, die sehr gute Arbeit geleistet haben, - - Auch dafür nochmal herzlich Dank, und ich bitte Sie, vorlagegemäß zu entscheiden. Vielen Dank.“

Stv. Fiegenbaum (Vorsitzender des Ausschusses für Soziales und Kultur):

„Aus dem Ausschuss gibt es folgendes zu berichten:

Herr Brill und Herr Engler referierten sehr intensiv und sehr lange über die Beteiligungsphase und die Zielvereinbarung das Zertifikat Familiengerechte Kommune, wie Sie gerade auch nochmal gehört haben, ist das ein insgesamt sehr komplexes, umfangreiches Vorhaben. In der anschließenden Aussprache im Ausschuss wurden folgende Unterthemen diskutiert:

Einmal die Notwendigkeit eines Familienbüros in der Kernstadt. Hier wurde darauf hingewiesen, dass das auch in der Vergangenheit schon mal Thema gewesen ist. Dann die zeitlichen personellen Ressourcen aller Akteure, die eingehen, die doch sehr umfangreich auch sind, dann als drittes Wohnumfeld und Lebensqualität als Thema. Hierzu gab es 3 Fragestellungen, die folgenden Sanierungen im eigenen Bestand, projekthaft was Neues schaffen und die Rolle der Stadt Eschwege in diesem Zusammenhang. Dann gab es zudem Fragen hinsichtlich einer Prioritätensetzung. Das Thema war dann in dieser Form nicht notwendig, weil allen 29 Zielen insgesamt auch immer sehr konkret auch Zeiträume zugeordnet sind. Der Ausschuss empfiehlt, der Zielvereinbarung zuzustimmen und das ohne Gegenstimme oder Enthaltung. Das hierzu.

Ich möchte mich auch als Ausschuss-Vorsitzender von dieser Stelle aus nochmal recht herzlich bei dem Mitarbeiter bedanken für die immer rechtzeitig erstellten Protokolle für den Ausschuss, die oft auch sehr umfangreich und schwierig waren, gerade auch bei diesem Protokoll, was jetzt aktuell gerade anstand. Also herzlichen Dank - für die gute Kooperation in der vergangenen Legislaturperiode. - -

Darf ich auch gleich für die Fraktion?

Also, Bündnis 90/Die Grünen, das Audit ist für uns ein großer Sprung nach vorne. Ich nehme jetzt mal so diesen Mau-Ausdruck in den Mund, ein großer Sprung nach vorne. Da steckt sehr viel Engagement, sehr viel Arbeit seitens der Verwaltung drin und so einiges davon, kann ich mir vorstellen, hätte sicherlich auch in der Vergangenheit auf dem Antragsweg von der politischen Seite kommen können, sollen, dürfen, was so viele einzelne Ziele und Maßnahmen jetzt auch konkret anbetrifft. Das heißt, insgesamt ist natürlich jetzt diese Zertifizierung ein Programm, was uns von der politischen Seite auch ein Stück weit entlastet, muss man einfach so sehen, sonst hätten wir vielleicht die eine oder andere Maßnahme demnächst hier auch von dieser Stelle aus diskutiert. Kann ich mir vorstellen. Ja, und die Grünen freuen sich besonders über die Impulse, das hat mein Vorgänger Armin Jung ja schon gesagt, die für den sozialen Wohnungssektor davon ausgehen, denn das ist ja auch wieder hier Thema, und sehr im Sinne unseres leider von den meisten abgelehnten Antrags hierzu sind. Wir möchten aber auch betonen, jetzt kommt nochmal so ein halber Einwand, dass die Öffentlichkeit unserer Kommune weiterhin auch im Rahmen dieses Projektes aufgefordert bleibt, eigenes Engagement, Beteiligung eben für das Beste der Familien in dieser Stadt, aufzubringen. Es gilt auch, einem falschen Anspruchsdenken entgegenzuwirken. Und da meine ich wirklich zu wirken. Etwas bewirken für die Allgemeinheit. Es gilt, Aktivität zu fördern. Familien zu aktivieren für die eigenen Anteile an Kindererziehung und so weiter aber auch über die eigenen 4 Wände einer Familie hinaus.

Wir stimmen dem Antrag natürlich zu.“

Stv. Knapp-Lohkemper:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren. Heute wollen wir die Zielvereinbarung zum Audit „Familiengerechte Kommune“ beschließen. Die Kreisstadt Eschwege verfolgt als ein strategisches Ziel Standort für Familie und Senioren zu sein. Als familienfreundliche Stadt für alle Generationen. Denn angesichts des demografischen Wandels und des wirtschaftlichen Standortwettbewerbs ist es unerlässlich, familiengerechte Lebensbedingungen zu gestalten. Darum war der Beschluss zur Durchführung des Audits durch den Ausschuss für Soziales und Kultur folgerichtig. Was soll mit so einer Auditierung nun erreicht werden? Unsere familienpolitischen Strategien sollen fakten gestützt weiterentwickelt werden. Die Lebenssituation von Familien soll nachhaltig verbessert werden. Zum Beispiel die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Unterstützung in besonders belastenden Le-

bensituationen oder das Wohnumfeld und die Solidarität zwischen den Generationen. Durch das Audit werden die Leistungen verschiedener Träger besser aufeinander abgestimmt. Außerdem sollen Transparenz, Zugänglichkeit und Verbindlichkeit von familienfreundlichen Angeboten erhöht werden und somit die Attraktivität unserer Stadt gesteigert werden. Am 24.06.2015 wurden in einem Strategieworkshop ausgewählte Daten, Stärken und Entwicklungspotenziale Eschweges präsentiert. Wichtig an dieser Beteiligungsphase war die Einbindung und Reflexion mit den Bürgern und Akteuren. So waren neben der Verwaltung auch Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Verbände, Unternehmen und Experten beteiligt. Als erstes wurde der Familienbegriff definiert. Ich zitiere: „Familie ist dort, wo Menschen Verantwortung übernehmen. Familie wird nicht nur als Ort, wo Kinder sind, definiert, sondern verstanden als eine Gemeinschaft mit starker Bindung, in der mehrere Generationen füreinander sorgen.“ Familie ist im wahrsten Sinne des Wortes der ursprüngliche Ort, wo Alltagsolidaritäten gelebt werden. Zu Beginn eines Audits wird immer eine Standortbestimmung oder Ist-Analyse erstellt. Es war ganz spannend zu erfahren, was in Eschwege familienpolitisch schon alles gut läuft und wo Handlungsbedarf und Weiterentwicklung notwendig sind. Die Erhebung hat zum Beispiel ergeben, dass Eschwege in den Jahren 2010 bis 2013 einen Wanderungsgewinn verzeichnen konnte. Allerdings einen erheblichen Rückgang in der Altersgruppe der 38- bis 65-Jährigen. Der Anteil der Alten wächst immens, das sieht man auch an mir, Eschwege hat einen hohen Anteil von Bürgerinnen mit niedrigen Einkommen und einen hohen Anteil von Kindern mit Leistungen nach SGB II. Es bestehen Hemmnisse bei der Vermittlung von jungen Leuten in Arbeit und Immigration gewinnt an Bedeutung. Daraus ergaben sich 6 Handlungsfelder. Steuerung, Vernetzung und Nachhaltigkeit, Familie und Arbeitswelt, Betreuung, Bildung und Erziehung, Beratung und Unterstützung, Wohnumfeld und Lebensqualität, Senioren und Generationen. Am 16. Januar diesen Jahres fand dann der Zielvereinbarungsworkshop statt, bei dem die Ziele und die sich daraus ergebenden Maßnahmen definiert wurden. In den 6 Handlungsfeldern sind insgesamt, Herr Brill hat es eben schon gesagt, 15 Ziele formuliert worden, die in 29 Maßnahmen in den nächsten 3 Jahren sukzessiv umgesetzt werden sollen. Bei der Formulierung der Zielvereinbarung ist wichtig, dass die Ziele realistisch, erreichbar, überprüfbar und somit verbindlich sind. Durch den Audit-Prozess wird Familienpolitik neben der Verankerung als strategisches Ziel stärker als Querschnittsaufgabe durch gemeinsames Handeln gesteuert. Was mich am meisten an diesem Verfahren beeindruckt hat, ist das enorme Engagement, mit dem alle Beteiligten und hier ganz besonders die Verwaltung, an dem Prozess mitgearbeitet haben. Fachbereichsübergreifend wurde mit den Vertretern von Institutionen, Vereinen, Verbänden, engagierten Bürgern und mit der Unterstützung der Auditorin eine Zielformulierung und den Maßnahmen gearbeitet, so dass wir heute das 22 Seiten starke Ergebnis mit dem Titel „Zielvereinbarung zur Erlangung des Zertifikats Familiengerechte Kommune der Kreisstadt Eschwege“ vor uns liegen haben, um es zu beschließen und es dann von dem gemeinnützigen Verein Familiengerechte Kommune mit Sitz in Bochum begutachten zu lassen, um die Erteilung des Zertifikates zu erhalten.

Für die CDU-Fraktion habe ich an den Workshops teilgenommen und bin davon überzeugt, dass die vorliegenden Zielvereinbarungen ein wichtiger Schritt zur Weiterentwicklung eines familienfreundlichen Eschwege ist. Die CDU-Fraktion wird der Zielvereinbarung zustimmen.“

#### Stv. Claus:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich will sie nochmal hochhalten, unsere Zielvereinbarung und möchte Ihnen an der Stelle auch mal sagen, dass wir die erste Kommune in Hessen sind, die eine Zielvereinbarung Familiengerechte Kommune ins Leben gerufen hat, und wir sind quasi schon fertig damit und das immerhin in Hessen von 429 Städten und Gemeinden. Also, ich glaube, da sind wir schon mal ganz weit vorn.“

Nur noch mal ein kurzer Abriss. Am 13.11.2014 hat Jörg Heinz den Antrag eingebracht, danach ist er in den Ausschuss für Soziales und Kultur gegangen, das war am 04.12.2014, und im Januar 2015 ging dann auch schon die Arbeit im Rathaus los, und wir alle können rechnen, das ist jetzt gerade mal ein Jahr her.

Ich möchte nur mal so 3, 4 Punkte habe ich mir rausgesucht, wo ich der Meinung bin, dass die ganz wichtig sind.

Familiengerecht ist nicht nur Kinderbetreuung, sondern eine Querschnittsaufgabe für alle. Das heißt, jeder muss sein Handeln prüfen im Hinblick auf die Auswirkung Familienstadt Eschwege. Sowohl die Verwaltung als auch die Politik, wie zum Beispiel beim Einbringen von Anträgen.

Zweitens, im Rahmen des Audits wurde eine Stärken-/Schwächen-Analyse durchgeführt. Das Ergebnis: Wir sind eigentlich ganz gut aufgestellt, gar keine Frage. Wir haben aber auch Lücken und Mängel. Diese müssen wir anpacken, um eine Basis für die Entscheidung in der Politik zu haben, unter anderem wird die Stärken-/Schwächen-Analyse als Familienbericht einmal am Anfang einer Legislaturperiode erstellt, damit die Politik Maßnahmen ergreifen kann, wie man dann darauf reagiert. Die Entscheidung ist dann kein Bauchgefühl mehr, sondern begründet sich auf die Information aus dem Berichtswesen.

Drittens, wir müssen Familien direkt und früher an Planungen beteiligen. Das erachte ich als ganz besonders wichtig. Hierzu wird es einmal pro Jahr ein Familienforum geben. Die Ziele und Maßnahmen zeigen eindeutig die Handschrift unseres Stadtkämmerers. Früh anzusetzen und Teilhabe zu verbessern und Chancengleichheit herzustellen. Lassen Sie mich dazu noch eines hinzufügen. Für die Zukunft der Kreisstadt Eschwege spielt die Familiengerechtigkeit nicht nur sozialpolitisch eine entscheidende Rolle, Familienpolitik ist auch Standortpolitik. Über den privaten Konsum und über Investitionen stärken Familien die Wirtschaft und als Einwohner tragen sie zur Höhe der finanziellen Schlüsselzuweisungen bei. Zudem werden gut qualifizierte Eltern als Arbeitskräfte in den heimischen Unternehmen benötigt, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Am Ende kann ich nur sagen, gut, dass wir es auf den Weg gebracht haben, der Fachbereich und unser Sozialdezernent Reiner Brill hat mit Jörn Engler als Projektleiter gute und schnelle Arbeit geleistet. Da möchte ich mich auch nochmal ganz recht herzlich für bedanken, und wenn wir die Ziele alle in Eschwege umsetzen, sind wir auf dem richtigen Weg.

Vielen Dank, und die SPD-Fraktion wird der Beschlussvorlage zustimmen.“

#### Stv. Gassmann:

„Herr Vorsitzender, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuhörer. Übrigens in der letzten Versammlung unserer Stadtverordnetenversammlung möchte ich wenigstens nochmal betonen, dass, wenn ich sage, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine ich natürlich auch die Mitglieder des Magistrats, die Ortsvorsteher und auch die Vertreter des Ausländerbeirates. Die sind natürlich immer herzlich mitgemeint damit.

Jetzt haben wir sehr viel Lob gehört, und ich werde mich dem Lob auch anschließen, natürlich. Meine Damen und Herren, was wir hier beschlossen haben, ist nicht nur einmalig in Hessen, was dieses Auditierungszertifikat angeht, sondern ich bin ganz sicher, dieses Konzept, was wir hier haben, mit seiner sozialpolitischen Ausrichtung, ist einzigartig nicht nur in Hessen, sondern über Hessen hinaus. Nicht nur das Audit-Gutachten selbst, sondern das ganze Konzept ist einmalig. Sicherlich weit über die Grenzen Hessens hinaus und deswegen ein ganz dickes Lob an diejenigen, die das eingebracht haben. Das war zufällig die SPD, hätten wir auch sein können. Ein dickes Lob an den Reiner Brill als zuständigen Dezernenten und an den zuständigen Fachbereich und alle Mitwirkenden. Wir haben hier eine Grundlage geschaffen, um die Chancengleichheit und die Teilhabe von benachteiligten Menschen zu verbessern. Wir haben die Möglichkeit, mit diesem Konzept soziale Brennpunkte noch weiter zu entschärfen, aber genau in diese Richtung blickend, sage ich aber auch, sie schreiben schon, wenn ich lobe, wird alles aufgeschrieben, ich habe Lob dazu geäußert, möchte aber auch einen Fingerzeig nicht vergessen. Denn dieses Papier ist nur ein Papier. Wir müssen dieses Papier mit Leben erfüllen. Wir müssen sehen, dass wir es tatsächlich umsetzen, dass wir die Menschen in Eschwege tatsächlich eng einbeziehen und die Menschen an diesen ganzen Prozessen beteiligen und wir müssen auch erkennen, die Verwaltung muss sehen, dass es sich hier um eine Querschnittsaufgabe handelt, wo nicht nur eine Abteilung zuständig ist, sondern das gesamte Rathaus, alle Abteilungen sind zuständig dafür, dass dieses Konzept umgesetzt wird und darum möchte ich auch bitten. Deswegen mein Fingerzeig, die Umsetzung muss jetzt kommen. Danke.“

**Keine weiteren Wortmeldungen.**

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Zielvereinbarung zum Audit Familiengerechte Kommune zu.

**Einstimmig beschlossen.**

**7. ANTRAG DER CDU-STV.-FRAKTION BETR. PFLANZUNG EINES BAUMES FÜR JEDES NEUGEBORENE KIND  
ERÖRTERUNG IM AUSSCHUSS FÜR SOZIALES UND KULTUR AM 25.01.2016**

**- 33 -**

---

Stv. Fiegenbaum (Vorsitzender des Ausschusses für Soziales und Kultur):

„Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Vorsteher. Ich nehme gleich mal die Beschlussfassung vorweg. Wegen der zu hohen Kosten soll die Baumaktion für Neugeborene nicht umgesetzt werden. Der Ausschussvorsitzende berichtet jetzt heute über den Beschluss, über genau diesen Beschluss und diesen Beschluss haben wir im Ausschuss quasi einstimmig gefasst.

In der Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt wurden viele Argumente ausgetauscht, wobei von sämtlichen Ausschussmitgliedern die Baumpflanzaktionen so konkret wie sie vorgestellt waren, als zu aufwändig und teuer erachtet werden. Es gilt zu überprüfen, ob man das Geld nicht für soziale Projekte bzw. bei anderen sozialen Angeboten der Stadt verwenden kann. Außerdem wisse man ja auch gar nicht, ob die Pflanzaktion bei den Eltern überhaupt auch auf Resonanz stößt. Es wurde festgestellt, dass die Antrag stellende Fraktion nun auch selbst heftig gegen ihren eigenen parlamentarischen Vorschlag plädierte, so war das wohl auch in dem Ausschuss, während andererseits auch resümiert wurde, dass der Antrag zwar gut gewesen sei, aber eben aufgrund der jährlichen Kosten nicht umsetzbar. Soweit, das kam von Ihnen. Also, wegen der zu hohen Kosten wird jetzt diese Aktion nicht umgesetzt. Soweit vom Ausschuss.

Darf ich auch gleich für die Grünen?

Zur Baumpflanzaktion hat sich jetzt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auch nochmal wie folgt orientiert. Wir bedauern einerseits, dass eine Baumpflanzaktion wie zunächst angedacht, also aufgrund der Kosten eben nicht umsetzbar ist. Wir weisen jedoch mit Nachdruck darauf hin, wie wichtig jeder neu gepflanzte Baum am richtigen Platz für uns ist. Es gilt, den Bestand zu schützen und so, wie es die Finanzen erlauben, auch sinnvoll zu erweitern. Und das immer wieder und ständig und nach den Möglichkeiten. Dabei geht es uns zum Einen um das Stadtbild, ich möchte nochmal erinnern an den Parkplatz vor dem Edeka, Aldi-Markt, hier vorn, der mir einfach insgesamt bisher immer noch nicht eingegrünt ist, wie das damals versprochen wurde von den Investoren, das war so ein Thema, was ich hier immer wieder eingebracht habe, eines meiner Lieblingsthemen, sage ich einfach mal. Also, das gefällt mir immer noch nicht, weil das ist so ein Stadtbild an dieser Stelle, was man sicherlich durch die Einforderung dessen, was uns damals da versprochen worden ist, sicherlich nochmal ein Stück weit nochmal anders gestalten sollte. Ich denke auch an die Bäume in der Gartenstraße, die auch wirklich ein schlechter Ersatz sind. Ein wirklich sehr schlechter Ersatz. Da sind einige schon eingegangen. Ich gehe da immer auch über die Bartholomäusstraße dann zu meinem Haus da hoch, wenn ich aus der Stadt zu Fuß nach Hause gehe. Auch das gefällt mir auch nicht, das ist mit wenig Herzblut, mit wenig Liebe letztlich gemacht. Die Stadt ist insgesamt durchsichtiger geworden in der Vergangenheit, und ich finde, das geht in die falsche Richtung. Also wir finden, das geht in die falsche Richtung.“



Stv. Schmidt:

„Sehr geehrter Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste. Der Vorsitzende des Ausschusses hat es eben gerade erwähnt. Wir haben eine Entscheidung getroffen, dass keine Bäume für neugeborene Kinder gepflanzt werden sollen. Wir empfinden das als sehr schade, mussten aber eben in der Sitzung feststellen, dass die Vorhaltung von geeigneten Grundstücken und eine Pflanzung, die Pflege von Bäumen zu diesem Zeitpunkt von uns so nicht finanzierbar sind. Ich bin dennoch der Meinung, und auch wir als Fraktion der CDU, dass dieses Projekt im Grunde ein sehr sinniges war, es stärkt die Biokultur in Eschwege und von daher halten wir es weiter als wünschenswert. Wir werden weiter an ähnlichen Themen arbeiten und auch weiterhin solche Vorschläge einarbeiten.

Ich will jetzt noch 2, 3 Aspekte dennoch zur Sitzung hinzufügen. Die Vorlage, die wir bekommen haben, sah Rechnungen vor, die ich persönlich als extrem hoch angerechnet ansah? Die CDU-Fraktion hat einen Prüfantrag gestellt, an den Ausschuss, das Ergebnis zeigt hohe Kosten. Wir als Fraktion sind in der Lage, das anzuerkennen, und nicht verbissen um jeden Umstand auf Kosten der Steuerzahler dieses umzusetzen. Und schließlich, es sei mir gestattet, noch auf das Protokoll einzugehen, es wurde eben auch gerade zitiert, und ich stimme dem nicht zu, was dort steht. Frau Dr. Kroneberger hat in der damaligen Sitzung freudig aufschwingend festgestellt, dass die Antrag stellende Fraktion nun selbst heftig gegen den eigenen parlamentarischen Vorschlag plädiere. Das stimmt so nicht. Ich weise das absolut zurück. Es geht uns um eine positive Initiative für Neugeborene in unserer Stadt. Die Kosten scheinen zu hoch, das sehen wir ein. Für uns ist der Vorschlag in diesem Sinne zuerst erledigt und ich will jetzt nochmal ganz kurz auf Herrn Fiegenbaum eingehen. Bäume in der Stadt sind eine schöne Sache, an der wir uns erfreuen. Wo sie gepflanzt werden können ist ein Platz, an dem auch andere Tiere einen Unterschlupf finden. Ich bin genauso der Meinung, dass man das vorantreiben sollte. Wir hatten uns das gedacht mit einer schönen Gemeinschaftsidee für neugeborene Kinder und ich denke mir, dass so etwas Eschwege braucht und auch so etwas zur familiengerechten Kommune dazu gehört und auch in Audit-Verfahren letztendlich mit hineingenommen werden könnte. Vielen Dank.“

Stv. Fiege:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren. Ich wollte erst gar nicht hier hochkommen, aber ich wollte eins sagen, ich beobachte diese Sitzung, und was mich dann jetzt doch veranlasst hat, hier hoch zu gehen und nochmal was zu sagen, das ist ganz einfach der Sachverhalt, dass sich die CDU-Fraktion, ich glaube und das war auch so gemeint, unheimlich gewehrt hatte, das war jedenfalls mein Eindruck von außen, dass dieser Punkt überhaupt als eigener Tagesordnungspunkt nochmal hier auf die Tagesordnung gesetzt wird. Das war einfach ein bisschen merkwürdig. Ich finde, der Bürger hat da ein Recht, Informationen zu bekommen, die hat er nun auch bekommen, und das ist gut so. Ich frage mich nur dabei, weil das klingt gut, das ist schön, das wollen wir alle, Kinder und Bäume, das ist überhaupt keine Frage an der Stelle, aber es hätte eine einfache kurze Frage bei den Fachleuten des Dezernats ihres Bürgermeisters genügt, um mal ganz kurz abzufragen, was kostet das überhaupt? Wie viel Geburten haben wir? Was kostet es, so einen Baum in der Stadt zu pflanzen? Das hätte man ohne viele Stunden, ohne viel Aufwand schnell abarbeiten können. Das ist das, da hätte man sparen können. Das hätte man schnell wirklich erledigen können. Das wäre überhaupt kein Problem gewesen. Herr Schneider, was war Ihre Frage jetzt?“

**Stv. Schneider macht eine Bemerkung vom Platz aus.**

„Ja, okay, ich weiß nicht, was damit gemeint ist, aber ... Okay. Alles klar.

Das Nächste ist, da sind ein paar Dinge angesprochen worden, von dem grünen Kollegen, Edeka. Da ist nichts passiert. Da ist in der Tat nichts passiert. Und da würde ich einfach nochmal, oder Schlechtes passiert an der Stelle. Da ist ein alter Birnenbaum weggemacht worden, der war 60 Jahre alt und da hat man was ganz Schachbrettartiges hingesetzt. Also da bitte ich einfach bei der nächsten Planung darauf zu achten, dass man sich alte Bestände vorher anguckt, darauf achtet, was erhält man besser, anstatt man viel Geld in die Hand nimmt und neu pflanzt. Zur Gartenstraße, Herr Fiegenbaum, ist das Problem, die Bäume haben wenig Boden, wenig Grund, dass sie anwachsen können. Da geht der Eine oder andere ein. Die werden ersetzt. Da guckt man, da hat man keinen Boden in der freien Natur und überhaupt bei allen Planungen waren alle beteiligt, die Bürger und vor allem Die Grünen, wenn sie da Probleme gehabt hätten, da waren keine, da ist nie was gesagt worden. Vielen Dank.“

### **Keine weiteren Wortmeldungen.**

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales und Kultur empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die Baumaktion nicht umzusetzen.

### **Einstimmig angenommen.**

- 8. BEBAUUNGSPLAN NR. 41.5 (EINZELHANDELSREGELUNG „GEWERBEGEBIET HESSENRING“) ÄNDERUNG DER BEBAUUNGSPLÄNE NR. 41.1, 41.2, 41.3, 41.4, 125 UND 137; ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG UND BETEILIGUNG DER TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE GEM. § 4 ABS. 2 BAUGB**  
- 41 -
- 

**Stv. Dr. Vogt verlässt während der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt den Sitzungssaal.**

### **Bgm. Heppe:**

„Vielen Dank Herr Stadtverordnetenvorsteher. Dass ich jetzt den ganzen Zahlenreigen Ihnen ein weiteres Mal ersparen darf. Sie erinnern sich, wir haben in der Stadtverordnetenversammlung den Plan aufgestellt und haben eine frühzeitige Träger- und Bürgerbeteiligung durchgeführt. Diese hat dazu geführt, dass Anregungen eingegangen sind, 5 Stück an der Zahl, von der Regionalplanung, von der Oberen Naturschutzbehörde, vom Grundwasserschutz, von betroffenen Eigentümern und auch vom Werra-Meißner-Kreis, dem Kreisausschuss. Diese Anregungen haben wir, wie Sie hier der Vorlage entnehmen können, entsprechend auch berücksichtigt, bzw. dazu Stellung genommen. Da, wo es notwendig war, sie eingearbeitet, da wo es nicht notwendig war, sie zurückgewiesen. Es ging im Wesentlichen, und das zieht sich hier durch die Regelung wie ein roter Faden hindurch. Es geht uns um einen aktiven Bestandsschutz der bestehenden Betriebe am Hessenring. Es geht uns aber auch darum, dass wir das Einzelhandels- und Zentrenkonzept, was wir ja hier in der Stadt beschlossen haben, dann auch in unseren Gewerbegebieten peu á peu umsetzen, das ist jetzt so der Fall, dass wir das hier implementieren. Man findet in dem Plan teilweise die Eschweger Liste wieder, so dass auch das im Prinzip dem Schutz der Innenstadt vor einer Konkurrenz von außen liegendem Gewerbe und einer Ausweitung von dortigen innenstadtrelevanten Einzelhandel dient. Es hat viele Gespräche dazu im Vorfeld gegeben mit den entsprechend betroffenen Eigentümern, was sich auch daran widerspiegelt, dass wir von den betroffenen Grundstückseigentümern jetzt im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung auch nur von einer Eigentümerin überhaupt hier Einwände erhalten haben, so dass wir im Prinzip bei dem, was dann auch

im Bau- und Planungsausschuss erörtert wurde, bleiben können. Und der Magistrat empfiehlt Ihnen dann auch, dann entsprechend vorlagegemäß zu entscheiden, dass wir dann jetzt den Bebauungsplan ein weiteres Mal nach Berücksichtigung der Anregungen öffentlich auslegen und parallel erneut dazu die Trägerbeteiligung entsprechend Baugebiet durchführen. Herzlichen Dank.“

Stv. Feiertag (Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses):

„Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Wir haben die Vorlage in der Tat im Bau- und Planungsausschuss am 9. Februar beraten und uns wurde, das hat Herr Heppe ja eben auch deutlich oder nochmal erörtert im Einzelnen vorgestellt, welche Einwände es gab und wie mit den Einwänden letztlich umgegangen, eingearbeitet oder erwidert wurde. Im Verlauf der Diskussion gab es vielleicht einen erwähnenswerten Punkt. Diskutiert wurde natürlich auch um die landschaftliche Einbindung des Gewerbegebietes insbesondere die Werbeanlagen dort oben. Insgesamt macht uns aber das Werk, was davor liegt, also der entsprechende Plan, den Eindruck, dass da entsprechend drauf Rücksicht genommen wurde und dementsprechend empfehlen wir Ihnen auch die Annahme des oder vorlagegemäß zu entschließen. Danke.“

**Keine weiteren Wortmeldungen.**

**Beschluss:**

- a) Die im Rahmen der frühzeitigen Träger- und Bürgerbeteiligung zum Bebauungsplan Nr. 41.5 „Einzelhandelsregelung Gewerbegebiet Hessenring“ vorgebrachten Anregungen werden - wie in der Vorlage im Einzelnen begründet - eingearbeitet bzw. zurückgewiesen.
- b) Der Bebauungsplan Nr. 41.5 „Einzelhandelsregelung Gewerbegebiet Hessenring“ wird gemäß § 3 Absatz 2 öffentlich ausgelegt. Parallel dazu erfolgt die Trägerbeteiligung gemäß § 4 Absatz 2 BauGB.

**Einstimmig angenommen.**

**9. RESOLUTIONSANTRAG DER FWG-STV.-FRAKTION BETR. FÖRDERUNG FRÜHKINDLICHER BILDUNG - GEBÜHRENFREIE KITA-PLÄTZE IN GANZ HESSEN FÜR ALLE HESSEN  
- 3/1 -**

---

Stv. Hölzel:

„Ja, erneut, Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren Stadtverordnete und Stadtverordnetinnen. Mit 88.000 Stimmen gegen Kita-Gebühren oder „Land soll Elternbeiträge für Kindergärten zahlen“, so titelte die heimische Presse in den Überschriften des Marktspiegels und der WR und mit einem weiteren Artikel „Dass Eltern Kita-Beiträge bezahlen, ist nicht logisch“, konnte man in dem Kommentar vom Redakteur der Werra-Rundschau lesen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sollten wissen, dass frühe Lebenserfahrung immer weniger auf der Straße oder auf dem Hof gesammelt wird, sondern in Kindertagesstätten. In den Kindertagesstätten von heute wird Wissen gelehrt, soziale Kompetenz vermittelt, Fertigkeiten trainiert, aber das nur denen, die sich die Elternbeiträge für frühkindliche Erziehung und Bildung leisten wollen und können oder immer wieder Hartnäckigkeit beweisen und aufs neue diverse Anträge auf Zuwendungen bei den Sozialbehörden stellen. Wir sollten auch zur Kenntnis nehmen, dass unsere Kinder in der Gesellschaft ein verändertes Bild abgeben. Viele wissen noch nicht einmal, was ein Purzelbaum ist, geschweige denn, dass sie ihn uns vorführen könnten. Über Sprache und Ausdruck lasse ich mich mit Absicht hier nicht weiter aus. Stattdessen beherrschen sie

die Fernsehfernbedienung zwischen den Kanälen RTL 2, Super RTL und schwachen Kindersendungen virtuos wie seinerzeit Paganini die Geige. Im vorschulischen Bereich war Deutschland lange ein Entwicklungsland, sagt Jürgen Baumert vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung. Wir holen auf, liegen aber noch zurück. Es ist uns wichtig, dass Kinder sehr frühzeitig vergleichbare Chancen für hohe Bildungsniveaus erhalten. Kinder aus bildungsfernen Schichten werden ohne frühe, gleichwertige Anregung und Bildung in Vorschulen die Benachteiligung durch das Elternhaus, auch bei späten intensiven Bemühungen des Staates bzw. der Schule, nicht mehr ausgleichen, so das Ergebnis von Fachleuten der Friedrich-Ebert-Stiftung. Lernen beginnt nicht erst mit der Schultüte, sondern bekanntermaßen schon viel früher, nämlich bereits im frühkindlichen Alter. Insofern haben wir, nein, haben Kindertagesstätten nicht den Charakter einer Vorschule, sie sind es schon längst. Schule und Universitätsbildung in Hessen ist frei, also kostenlos. Wie ist die heutige Situation in Kitas? Meine Damen und Herren, die Kinderbetreuung in Kindertagesstätten ist für die Eltern des Kindes gebühren- und beitragspflichtig. Das letzte Kindertagesstättenjahr vor der Einschulung ist für die Eltern des Kindes bei dem Basismodul, also 5 Betreuungsstunden pro Tag, kostenfrei. 100 Euro erhält die Kommune pro Kind pro Monat vom Land vergütet. Ziel ist es, dass in Zukunft alle Kindertagesstättenplätze kostenfrei für die Eltern und Kommunen sind, und dass das Land die Kosten übernimmt. Hierbei ist anzumerken, dass derzeit als Beispiel die Stadt Eschwege mit 2,8 Millionen Euro pro Jahr mit Kindertagesstättenkosten belastet ist. Und der Kreis mit 1,6 Millionen Euro, die damit als freie Mittel zur Verfügung stünden und damit merklich entlastet wären. Noch einmal, das ist unser Ziel. Wir Freie Wähler setzen daher auf gebührenfreie Bildung auch in unseren Vorschulen, den Kindertagesstätten, und wir haben bei diesem Anliegen Prominenz. Peer Steinbrück, SPD, hatte im Bundeswahlkampf 2013 den Vorschlag einer kostenfreien Kinderbetreuung aufgegriffen. Der Sozialverband der AWO entsprechend. Der heutige Hessische Ministerpräsident Volker Bouffier CDU hatte vor der letzten Landtagswahl auch in 2013 versprochen, dass er diese finanzielle Entlastung Hessens der Gebührenfreiheit für den Besuch von Kindertagesstätten haben wolle, in dem Fall, dass Hessen beim Länderfinanzausgleich Millionensummen einspart. Danach sieht es jetzt aus. Inzwischen setzt sich der SPD-Vorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel nebst seiner Landtagsfraktion für eine kostenfreie Kinderbetreuung ein und schlägt vor, sie ab 2020 einzuführen und mit der geplanten Entlastung Hessens aus dem Länderfinanzausgleich zu bezahlen. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, da reden wir einheitlich Klartext.

Noch früher die Partei Die Linke. Im Jahr 2011 wurde ein entsprechender Leitantrag vom Landesvorstand Hessen eingebracht. Darin fordert sie die Landesregierung auf, die Kommunen finanziell so auszustatten, dass in allen Kommunen kostenlose Kitas ermöglicht werden. Mir ist bekannt, dass auch die Linken des Kreisverbands Bergstraße unsere landesweite Aktion „Kita frei“ begrüßen und diese auch unterstützen. Das haben sie mittlerweile auch öffentlich gemacht. Meine Damen und Herren, wir freuen uns über die Unterstützung insgesamt. Eigentlich fehlt jetzt nur noch hier in der Stadtverordnetenversammlung der Aufruf, das Volksbegehren, über alle Parteigrenzen hinweg, tatkräftig zu unterstützen.

Wir wissen, dass die Flüchtlinge und um Asyl Bittende kein deutsch sprechen und zur schnellstmöglichen Integration die Sprache erlernen sollen. Die Kinder, die auch kein Deutsch sprechen, es aber entgegen ihren Eltern rasend schnell in solchen Kita-Einrichtungen tun, wäre der passende Schlüssel zur erhofften positiven Umsetzung von Integration und für vieles mehr. Auch sie würden dann ihren Eltern und weiteren mit der erlernten Sprache und der Verbreitung unserer abendländischen Werte der hiesigen deutschen und europäischen Welt hilfreich zur Seite stehen, ganz egal, ob sie hierbleiben oder nicht. Ich gehe davon aus, dass auch in diesem Punkt Einigkeit besteht. Diese eben angesprochenen Kinder dürfen also in die für sie gebührenfreien Kitas. Die Kinder unserer Mitbürger sollen/müssen Gebühren zahlen? Nein. Um Chancengleichheit gewähren zu wollen, was unser Grundgesetz fest schreibt und auch verlangt, müssen alle Plätze frei sein, und zwar ohne umständliche Beantragung.

Wir sind gefragt worden, wie wir das finanzieren wollen. Ach, plötzlich wird bei Antragsstellung nach der Finanzierbarkeit gefragt? Selten genug. Ausgerechnet von denen, die es am lautesten, die es in der Regel selbst versäumen, Gleiches bei ihren Antragstellungen zu tun. Meine Damen und Herren, hunderte von Milliarden Euro waren, nein, sind wir zur Bankenrettung bereit zu zahlen. Weitere Milliarden werden für haarsträubenden Unsinn wie die Verschrottungsprämie seinerzeit für tadellose, voll funktionstüchtige Autos verschleudert. Welch ein volkswirtschaftlicher und nachhaltiger Schaden ist da angerichtet worden? Des weiteren werden Millionen Euros pro Jahr für Ideologien unterstützt, wo-

von der einzelne Bürger in der Regel nichts hat, außer dass er tief in seine Tasche greifen muss und sie zahlt.

Zurück zum Ziel der gebührenfreien Kitas. Am 09.11.2012 wurde das Betreuungsgeld im Deutschen Bundestag beschlossen. Hiernach sollten alle Eltern, deren Kinder nicht die Einrichtungen einer Kita nutzen, 150 Euro pro Monat erhalten. Eine dauerhafte Finanzierung wäre gesichert. Im Juli 2015 kippte das Verfassungsgericht das Gesetz. Das Geld ist, bis auf wenige temporäre Ausnahmen, somit frei. Hessen verlangt von seinen Bürgern, bis auf das letzte Kita-Jahr vor Einschulung, Gebühren. Das Land Hessen ist in den Länderfinanzausgleich zurzeit ein Geberland. Einige Nehmerländer, Profiteure des Länderfinanzausgleichs wie Rheinland-Pfalz, Hamburg, Berlin und weitere, nehmen das Geld gern an, und gewähren ihren Mitmenschen im Ländle vollständige Gebührenfreiheit oder größere Teilfreiheit bei der Nutzung ihrer Kitas, übrigens sehr gern auch rot-grün regierte Länder. Die SPD-Landtagsfraktion hat, ich erwähnte es zu Beginn meiner Rede, nach mehreren Treffen mit unserem Landesvorstand ähnliches vor, indem sie das zweite gebührenfreie Kita-Jahr vor der Einschulung fordert und auf den Weg bringen will. Da das ein Teil unserer FWG-Gesamtforderung ist, teile ich hiermit mit, dass wir Freie Wähler diesen SPD-Vorschlag selbstverständlich auch unterstützen. Gleiches erwarte ich allerdings auch von Ihnen, liebe SPD-Fraktion, bei unserem Antrag, den wir weiterführen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir reden von Chancengleichheit und fordern Gleiches für unsere Mitmenschen. Nein, für unsere Kinder und somit unserer aller Zukunft in Hessen. Die Aktion ist gewissenhaft von uns Freien Wählern verfolgt, und ich gehe davon aus, dass sich keiner der Anwesenden davon ausschließen wird, zumal es in der Zukunft noch weitere Schritte gibt, die es zu bewältigen gilt.

Für Ihre Aufmerksamkeit bedanke ich mich und hoffe, dass Sie unseren Resolutionsantrag positiv abstimmen. Danke.“

Stv. Strauß:

„Herr Vorsteher, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Ausführungen waren lang und inhaltsvoll. Ich mache es sehr viel kürzer. Sie haben ja den Peer Steinbrück erwähnt, Sie haben auch den Thorsten Schäfer-Gümbel erwähnt. Auch wir haben natürlich vor, die Kindergartenbeiträge zurückzuführen, die Eltern zu entlasten, Familien zu entlasten, das passt natürlich wunderbar hier zu unserer familienfreundlichen Stadt. Sie haben es erwähnt, 2,8 Millionen schießen wir jedes Jahr in die Kindergärten und in die Betreuung. Das ist gut so, das ist ein Invest in die Zukunft der Kinder. Deshalb unterstützen wir den Antrag. Nur würden wir gern eine Änderung einfließen lassen, nämlich genau das, was Sie gesagt haben, dass die SPD auf ähnlichem Weg ist, nur wir machen kein Volksbegehren, sondern wir haben eine Unterschriftenaktion, und ich würde mich dafür jetzt einsetzen, dass wir das ergänzen in dem Antrag. Ich habe einen Änderungsantrag vorbereitet, der würde dann nur diesen kleinen Zusatz noch bekommen: Die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eschwege unterstützt die Resolution der FWG-Fraktion Eschwege und die Unterschriftenaktion der SPD Hessen. Und dann wären wir schon beisammen. Danke.“

Stv. Schröder:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren. Bildung ist in Deutschland kostenlos. Dieser Satz, der stimmt, wenn man ihn auf die schulische Bildung reduziert. Schule ist kostenlos, universitäre Ausbildung auch. Aber fängt Bildung nicht schon früher an? Wir finden ja. Denn Kindertageseinrichtungen sind Bildungseinrichtungen. Was dort geleistet wird, geht über das bloße Aufpassen weit hinaus. In Kitas wird heute wichtige Erziehungsarbeit geleistet und über frühkindliche Bildung wichtiges Grundlagenwissen vermittelt. Daher möchte ich an dieser Stelle im Namen meiner Fraktion auch allen Erzieherinnen und Erziehern ganz herzlich Danke sagen für ihre wertvolle Arbeit, die sie tagtäglich in den Kitas leisten. Die CDU hat schon lange erkannt, wie wichtig es ist, dass unsere Kinder in die Kita gehen, und so hat die CDU-geführte Landesregierung schon im Jahr 2006 angekündigt, das dritte Kindergartenjahr beitragsfrei zu stellen, was dann auch ab Januar 2007 umgesetzt wurde. Aber darüber haben wir in diesem Haus ja schon ausführlich debattiert. Auf dem Landesparteitag der CDU Hessen

am 06.07.2013 hat Ministerpräsident Volker Bouffier erklärt, dass bei einem Erfolg der Verfassungsklage gegen den Finanzausgleich die Betreuung für 3- bis 6-Jährige gebührenfrei würde. Wie Sie wissen, ist die Klage noch anhängig.

Gestatten Sie mir, liebe Kollegen von den Freien Wählern, dann doch noch mal die Frage, warum Sie gerade jetzt dieses Thema zur Sprache bringen. Tja, in 9 Tagen ist Kommunalwahl. Und das ist eine landesweite Kampagne. Genauso die SPD, Frau Kollegin Petra Strauß, sagte es ja auch gerade, die SPD sammelt Unterschriften dafür. Und warum? Richtig, es ist Wahl. Zu Ihrer Unterschriftenkampagne, liebe Genossen, am Montag schrieb die SPD Hessen auf dem Kurznachrichtendienst Twitter voller Stolz „Wir haben schon über 5.000 Unterschriften für gebührenfreie Kitas gesammelt.“ Da sage ich doch „Alle Achtung“. Bei gut 58.000 Mitgliedern in Hessen haben also gerade mal 8,6 % der Genossen in Hessen unterschrieben. Hut ab. Starke Leistung.

Zum vorliegenden Antrag. In der Sache, liebe Kollegen, sind wir uns ja einig. Wir wollen, dass der Besuch von Kindertagesstätten künftig kostenfrei ist. Ob die Bürger dieses auch wollen, können sie beim Volksbegehren dann selbst entscheiden. Wir haben nichts dagegen, Ihnen die entsprechenden Formulare bereitzustellen. Wir werden deshalb dem Antrag zustimmen. Dem von der SPD nicht.“

#### Stv. Fiegenbaum:

„Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Vorsteher, liebe Vorredner. Es ist an der Zeit, Argumente zu überprüfen, zu evaluieren, abzuwägen, es braucht ja nur eines einzigen Wortes: Gebührenfreie Kita. Und schon entlädt sich reflexhaft eine Kaskade. Drei Tage vor der Wahl mutwillig im Recht sein. Als gäbe es nur ein dafür oder dagegen, und was verloren geht, das geht verloren, der Raum für das Erörtern komplizierter, womöglich eigentlich sehr uneindeutiger Positionen. Es gilt jetzt mal, Mut und Lust aufzubringen, echte Pluralität auszuhalten. Denn nur eine sachliche, an Erkenntnis orientierte Auseinandersetzung kann uns in dieser Frage helfen, politische Attrappen von politischen Strategien zu unterscheiden. Wovon müssen wir ausgehen?

1. Es gilt, die Qualität der Arbeit in den Kitas zunächst einmal sicherzustellen und schrittweise zu verbessern. Die Ausbildung der Erzieherinnen ist im europäischen Vergleich nicht konkurrenzfähig, nicht einmal vergleichbar, weil wesentlich niedriger angesetzt. Das gilt es zunächst einmal zu kompensieren und das ist zukunftsmäßig sehr, sehr wichtig, das zu kompensieren und eigentlich wissen das auch alle schon seit 20 Jahren.
2. Der Arbeitsmarkt für Erzieherinnen ist leergefegt. Für integrative Maßnahmen fehlt gut ausgebildetes bzw. überhaupt weitergebildetes Personal. Wir haben hier im Kreis etwa 120 Integrationskinder in den Kitas, für die haben wir wirklich kein ausgebildetes, kompetentes Personal und für die Flüchtlingskinder ebenso, Herr Hölzel. Das geht nicht mit ganz schnell mal eben die Sprache lernen. Was ich jeden Tag sehe sind traumatisierte Kinder, 3-/4-jährige, das geht nicht mal so huppi wuppi mit der Sprache, da muss man erst mal gucken, dass die überhaupt mal nach 4, 5, 6 Monaten wissen, wo sie überhaupt hier angekommen sind. Das ist mein Alltag, und davon erzähle ich hier und nicht von irgendwelchen Attrappen.
3. Krankenkassen und Ärzte wollen logopädische und ergotherapeutische Therapien als Aufgaben an das Kita-Personal völlig übergeben, wegen ständig steigender Kosten und dahinter stehenden Förderbedarfen. Meine Damen und Herren, unsere Kinderärzte hier im Kreis, die verschreiben keine Logopädie mehr. Die wollen keine Ergotherapie mehr verschreiben. Das geht zu Lasten ihres Budgets. Das heißt, die sagen zusammen mit der kassenärztlichen Vereinigung und mit den Krankenkassen, das machen jetzt auch noch die Kitas. Die sind ja sowieso schon im Rahmen des Erziehungsplanes, der für alle Kitas gilt, da sind sie sowieso schon dabei, sprachliche Förderung zu machen, und sollen jetzt zusätzlich diese Therapien auch in den Kindergärten übernehmen.
4. Das KiFÖG bringt einen erheblich erhöhten Verwaltungsaufwand mit sich. Die Träger reagieren bereits mit Personalaufstockung für die Verwaltung, während die Kindergärten ihren Personalmangel pragmatisch versuchen, in den Griff zu kriegen. Das heißt konkret, ich komme in 25er Gruppen

mit einer einzigen Erzieherin, wo normalerweise mindestens 2 sein müssten, wo aber von 25 Kindern auch noch mindestens 5 schwierig sind, mindestens. Und wenn dann noch ein Flüchtlingskind dazukommt oder 2, dann können Sie sich vorstellen, wie gerade da die Praxis aussieht.

5. Und in dieser Situation diskutieren wir jetzt die Abschaffung der Gebühren, und dass am Ende einer Legislaturperiode und das 3 Tage vor der Kommunalwahl. Wir hatten im Prinzip 5 Jahre Zeit. Wir hätten das auch vor 5 Jahren schon mal anfangen können. Ich frage, was wird es dann für eine Qualität sein, die nichts mehr kosten soll, wenn die Entwicklung so weiter geht auf Kosten des Personals, das mit immer schwieriger werdenden Kindern arbeiten muss.

Und ich komme zum Schluss, wer will schon dagegen sein, dass der Staat die Kitas finanziert? Aber ich frage auch noch, woher kommt das Geld und wo fehlt an der anderen Seite am Ende genau dieses Geld? Für weitere Qualifizierungen, für Verbesserungen der Standards stand es anscheinend bisher nicht zur Verfügung, denn man hat es eigentlich schon, man weiß es mindestens schon 20 Jahre, in welche Richtung es geht. Und warum hat man denn eigentlich an dieser Stelle nicht schon rechtzeitig immer gesagt, dieser Entwicklung müssen wir entgegenwirken? Ich werde mich der Stimme enthalten. Ich bin natürlich für die gebührenfreien Kitas, natürlich, trotzdem werde ich mich jetzt enthalten. Danke.“

#### Stv. Gassmann:

„Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, auch ich bin entsetzt. Ich bin wirklich entsetzt. Eine gute Sache, wo man im Ergebnis dahintersteht, lehnt man doch nicht ab mit diesen Begründungen. Es ist unstrittig, dass die Ausstattung der Kindergärten, der Kitas, verbessert werden muss. Es ist ganz klar, dass da eine Menge zu tun ist. Alles, was Sie gesagt haben, vollkommen richtig. Aber das Eine schließt doch das Andere nicht aus. Wir als Linke begrüßen den Antrag der Freien Wähler, auch die Änderung, wenn die SPD mitgenannt werden will, ist okay. Die Linke, das ist eine Kernforderung übrigens der Linken, kostenfreie Kita-Plätze, und deswegen werden wir dem Antrag natürlich zustimmen. Auf der anderen Seite sehe ich natürlich auch für die Städte und Gemeinden, wo die Kita-Gebühren eine gewisse Größenordnung überschreiten, sehe ich schon Gefahr für den Haushalt, weil da bleibt für die Städte und Gemeinden nämlich ein Teil übrig, den die Städte und Gemeinden selber bezahlen müssen, wenn es nach den Vorstellungen dieses Begehrens der Freien Wähler geht. Denn da wird nur ein Teil der Kosten erstattet. Aber nichts desto trotz, das Ziel ist richtig, die Idee ist gut, eine Kernforderung der Linken. Ich freue mich, dass die Freien Wähler diese Einsicht zeigen. Danke.“

#### Stv. Dietrich:

„Ja, Herr Gassmann, Sie werden wahrscheinlich gleich in Ohnmacht fallen. Ich werde sogar gegen diesen Antrag stimmen. Ich will Ihnen auch erklären, warum und wieso. Hier wird wieder gesagt, es muss gebührenfrei sein, bin ich völlig damit einverstanden, finde ich auch, aber es wird immer noch nicht gesagt, womit das finanziert werden soll. Kollege Fiegenbaum hat es gerade gesagt, oder wer war es gewesen, es muss ja wieder irgendjemandem weggenommen werden. Das Geld, was gebraucht wird, um die Gebühren runterzusenken oder ganz abzuschaffen, wird ja wieder irgendjemandem fehlen. So, und da sind wir nämlich bei einer grundsätzlichen Debatte. Da sind wir nämlich bei dem Thema wegen Steuergerechtigkeit. Wir haben so viel ungenutztes Kapital, was irgendwo rumliegt, investiert wird in irgendwelche komischen Sachen, das verspielen wir teilweise auch, dass wir uns vielleicht in Deutschland mal darum kümmern sollten, ob wir als Kommunalpolitiker, dass wir unseren Leuten, die in den oberen politischen Rängen sitzen, Landespolitiker, Bundespolitiker, denen mal sagen, pass mal auf, wir müssen diese Steuergerechtigkeit, die in Deutschland herrscht, abschaffen. Wir haben Sachen wie Spitzensteuersatz, den könnte man erhöhen, der ist noch viel zu niedrig. Wir haben Sachen wie Kapitalertragssteuer. Liegt, glaube ich, bei 25 %. Für meine körperliche Arbeit, die ich geleistet habe, und damit mein Geld verdient habe, muss ich 45 % Steuern zahlen. Für jemanden, der nachts in seinem Bett liegt, und hat sein Kapital eventuell auf die Bank gebracht oder verspielt es in irgendwelchen Börsen, verdient nachts im Schlaf so viel Geld, dass er dafür gerade mal 25 % am nächsten Morgen zahlen muss, das sind alles Ungerechtigkeiten. So, und an das Geld müssen wir mal

rangehen. Das heißt, wir müssten eine Steuerdebatte führen. So, und wenn heute Abend gesagt werden würde, das Geld für die Finanzierung der gebührenfreien Kindergärten kommt aus solchen Geldern, würde ich sofort sagen, ich stimme diesem Antrag zu. Aber solange das im Ungewissen bleibt, dass das Geld, was genommen wird, um Gebühren zu senken, anderen Leuten weggenommen wird, da kann man viel spekulieren, wer eventuell dann weniger Geld bekommt, solange diese Spekulation nicht vorbei, werde ich diesem Antrag nicht zustimmen. Danke.“

StK. Brill:

„Ich möchte nur kurz was ergänzen und vielleicht richtigstellen. Das scheint nicht bei allen so ganz richtig angekommen zu sein. An der finanziellen Situation für die Kommunen, was den ungedeckten Anteil an den Betriebskosten anbelangt, ändert sich überhaupt nichts. Ob die 100 Euro Elternbeitrag von den Eltern direkt bezahlt werden oder ob sie vom Land Hessen übernommen werden, das ändert nichts daran, dass da ein Großteil der ungedeckten Betriebskosten bei den Städten und Gemeinden hängen bleibt, und das sind bei uns momentan ungefähr die besagten 2,8 Millionen Euro, und daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern. Das wollte ich einfach nur nochmal klar stellen.“

**Keine weiteren Wortmeldungen.**

Stv.-V. Montag:

„Dann können wir zur Abstimmung kommen.  
Mir liegt ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion vor, der sagt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eschwege unterstützt die Resolution der FWG-Fraktion Eschwege und die Unterschriftenaktion der SPD Hessen.

Nach „angeboten“, und zwar ist das auf dem Vorschlag unten der vorletzte Absatz, soll eingefügt werden „Unterschriftenlisten unter: [www.spd-hessen.de/Kitas](http://www.spd-hessen.de/Kitas).

Wer dem zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen.“

**a) Beschluss zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion:**

Die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eschwege unterstützt die Resolution der FWG-Fraktion Eschwege und die Unterschriftenaktion der SPD Hessen.

In den städtischen Einrichtungen mit Publikumsverkehr liegt das Formular für das Volksbegehren aus und auf der Homepage der Stadt Eschwege wird es zum Herunterladen angeboten.

Unterschriftenlisten unter: [www.spd-hessen.de/Kitas](http://www.spd-hessen.de/Kitas)

**Mit 15 Ja-Stimmen, 15-Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen abgelehnt.**

Stv.-V. Montag:

„Dann lasse ich über den Antrag der FWG-Fraktion abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung kann ja nicht diesem Volksbegehren beitreten, sondern kann nur empfehlen, beizutreten. Das wollte ich nochmal herausstellen oder werben dafür, eine Absichtserklärung geben. Wer dem so zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen.“



## **b) Beschluss zum Resolutionsantrag der FWG-Fraktion:**

Die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eschwege unterstützt das Volksbegehren „Gebührenfreie KiTa-Plätze in ganz Hessen.“

In den städtischen Einrichtungen mit Publikumsverkehr liegt das Formular für das Volksbegehren aus und auf der Homepage der Stadt Eschwege wird es zum Herunterladen angeboten.

**Mit 23 Ja-Stimmen, 3-Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen angenommen**

## **10. ANTRAG DER PARTEI DIE LINKE BETR. BEITRITT ZUM BÜNDNIS „VERMÖGENSSTEUER JETZT“**

- 2 -

---

Stv. Gassmann:

„Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Der Antrag wurde im November 2013 schon einmal gestellt und mehrheitlich abgelehnt. Nichts desto trotz, die Zeiten haben sich geändert. Die Situation der öffentlichen Finanzen ist schlechter geworden, noch schlechter, als sie damals schon waren. Meine Damen und Herren, wenn wir jetzt ausnahmsweise mal einen Überschuss im Haushalt haben, wenn jetzt ausnahmsweise mal der Bund 10 Milliarden Überschuss hat, dann ist das mit Sicherheit keine strukturelle Verbesserung der Situation der öffentlichen Hand, im Gegenteil, das ist einzig und allein der gut laufenden Konjunktur geschuldet und verschiedenen anderen Faktoren, europaweit und weltweit, auf die ich nicht eingehen möchte. Nein, meine Damen und Herren, wir haben nach wie vor ein strukturelles Problem, was die kommunalen Haushalte angeht. Wir haben auf der einen Seite eine stark zunehmende Anzahl von Reichen und das Vermögen der Reichen wird immer größer, die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer, das ist bekannt. Nur eine einzige Zahl, ich könnte hier eine ganze Reihe von Zahlen nennen, die untere Hälfte der Bevölkerung besitzt 4 % des Vermögens. Von daher ist die Einführung einer Vermögenssteuer durchaus eine Sache, die der Steuergerechtigkeit dienlich ist. Deswegen auch, um den vorhergehenden Antrag noch mal ins Bewusstsein zu rufen. Wir haben geredet über die kostenfreien Kita-Plätze, wir reden über auch andere sozial notwendigen Maßnahmen und deswegen denke ich, ist es richtig, dass der Staat seine Aufgaben auch im sozialen Bereich besser ausfüllen kann. Ich denke auch an den ÖPNV, an vieles andere, was damit finanziert werden kann. Die Vermögenssteuer, meine Damen und Herren, wird bundesweit eine Mehreinnahme von 15 Milliarden Euro bedeuten. Und wenn Sie sich das umrechnen, würde das für die Stadt Eschwege übertragen, rein statistisch auf die Stadt Eschwege übertragen, würde das eine Mehreinnahme Jahr für Jahr von 5 Millionen Euro bedeuten. Selbst, wenn Sie Ungewissheiten abziehen würden, es blieben immer noch Millionen Euro statistisch rechnerisch für eine Stadt wie Eschwege übrig. Mehrere Millionen Euro, Jahr für Jahr, die allein durch die Vermögenssteuer den Kommunen zufließen könnte. Ich weiß, die Vermögenssteuer ist eine Landessteuer. Das Aufkommen steht dem Land zu. Nichts desto trotz würde damit möglich gemacht werden, die kommunalen Finanzen deutlich zu verbessern. Und insofern denke ich, sollten wir diesem Antrag zustimmen und uns für die Vermögenssteuereinführung aussprechen. Danke.“

Stv. Hamp:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren. Herr Gassmann, mal ganz aktuell, Vermögenssteueraufkommen, das haben Sie aber lächerlich klein geschrieben. Ich würde mal sagen, Sie kriegen etwa runde 7,5 Billionen Euro, besteuern sie jedes Vermögen mit 100 %, wäre doch mal eine Idee. Die Linke oder der Linke, muss ich sagen, ist offensichtlich im Wahlkampfmodus. Und da scheinen solche Anträge im besonderen Licht, aber wenn man das Licht darauf richtet, dann stellt man fest, das ist ganz alter Wein in alten Schläuchen. Schon in der Versammlung dieses Hauses vom 12. Dezember 2013 war dieser Antrag eingebracht, wurde dann in den Hauptausschuss überwiesen, dort

am 13.02. behandelt, mit einstimmiger Beschlussempfehlung ihn abzulehnen und dann in der Stadtverordnetenversammlung im März entsprechend auch abgelehnt. Und ich sage, damals aus guten Gründen abgelehnt. Gute Gründe, wie sie heute auch noch sind. Das hat das Haus damals so gesehen, und die Sach- und Rechtslage hat sich daran nicht geändert. Wir sollten es heute ebenso ablehnen. Die CDU-Fraktion wird es ablehnen.

Ich sagte vorhin, Wahlkampfmodus ist angesagt. Ich will doch noch ein paar Stichworte dann anfügen. Dieses Haus ist für Vermögenssteuer sowieso nicht zuständig. Dieses Haus hat auch kein sonstiges allgemein politisches Mandat. Welcher Vereinigung soll sich denn die Gemeinde/Stadt anschließen? Wer ist das? Durch wen, von wem werden die denn legitimiert? Das bleiben Sie uns schuldig, zu erläutern. Wer ist dieses Bündnis? Die Vermögenssteuer begegnet, und das jährt sich nun fast zum zwanzigsten Jahr, erheblichen rechtlichen Bedenken. Wenn man die auch nur halbwegs ausräumen will, was die Verfassung an Hürden hier erhebt, da muss man ein solch komplexes Verfahren errichten, dass die Kosten die Einnahmen schier auffressen. Und das machen wir nicht. Und noch ein kleiner Satz zu Ihrem so empfundenen Gerechtigkeitsdefizit. Lesen Sie die Jahresberichte des Bundesamtes für Statistik, die letzten Jahre, Sie werden feststellen, es sind keine 10 % der Bürger, die reichlich 50 % des Steueraufkommens bestreiten. Und es sind keine 10 % der Bürger, können Sie nicht denken? Entschuldigung, dass ich jetzt mal massiv werden.“

### **Zwischenrufe aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung.**

#### Stv. Hamp:

„Nicht mal 10 % bringen mehr als die Hälfte. Und die Hälfte bringt keine 10 %. Also, wenn Sie hier ein Problem sehen in der Verteilung von oben nach unten, ich sage Ihnen, die funktioniert perfekt. Besser kann sie gar nicht funktionieren. Und mit einer Steuerdebatte auf Vermögenssteuer bezogen, zu behaupten, das brauche ich für die soziale Gerechtigkeit, das werden Sie so empfinden. Viele Staaten haben Vermögenssteuer erhoben, viele Staaten haben sie auch abgeschafft. Und die Staaten, die sie noch erheben, stellen fest, dass sie kontraproduktiv wirkt, weil sie zum Abfluss von Vermögen aus dem eigenen Land führt. Wenn man die Bürger vernünftig beteiligt, sind sie bereit, ihr Scherflein zu tragen. „Vermögenssteuer jetzt“, nein. Nie.“

#### Stv.-V. Montag:

„Dankeschön, Herr Hamp. Ich bitte jetzt, keine allgemeine Steuerdebatte hier und eine Grundsatzdebatte über das zu führen. Wir haben hier über eine Resolution abzustimmen. Ja, es kommt ja jeder zu Wort. Ich warne nur, jetzt grundsätzliche Debatten hier zu führen, die uns keinen Schritt weiter bringen auf dem Gebiet.“

#### Stv. Hölzel:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Bernhard als Antragseinbringer der Partei Die Linke. In diesem Punkt sind wir uns leider Gottes nicht so einig, wie in dem vorgehenden. Wir teilen in dem Moment zu diesem Punkt die Auffassung unseres Hessischen Finanzministers. Egal ob eine einmalige Vermögenssteuerabgabe oder eine dauerhafte Vermögenssteuer, am Ende wäre sie nur sinnvoll, bei einer deutlichen Besteuerung von privatem und betrieblichem Vermögen. Und das wollen wir nicht. Abgesehen davon, dass die Erhebung einer Vermögenssteuer nach unserer Meinung verfassungswidrig ist. Steuererhöhungen zum jetzigen Zeitpunkt, auch das ist unsere Meinung und Auffassung, sind Gift für die Konjunktur, die im Moment brummt. Sie sind Gift für die Leistungsträger in der Gesellschaft und vor allem für den deutschen Mittelstand. Der deutsche Staat nimmt ohnehin so viel Steuern ein wie noch nie in seiner Geschichte. Wir werden aus diesen Gründen Deinem Antrag „Beitritt Vermögenssteuer jetzt“ nicht zustimmen.“

Stv. Fiege:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren. Nur zwei Sätze dazu. Das ist auch eine Diskussion, die eigentlich überhaupt nicht hierher gehört. Da sind wir überhaupt nicht das Gremium. Aber eines muss hier festgehalten werden. Der Armutsbericht 2016 hat ganz klare Dinge festgehalten, wie es hier aussieht, Altersarmut und wie die Vermögen verteilt sind. Und das da eine Umschichtung erfolgen muss, ist doch ganz klar, es ist die Frage nur, ob das hier diskutiert werden muss. Also ich sehe das nicht so, wie Sie das sagen, Herr Hamp. Das ist alles und wir sollten da aufhören und Dankeschön.“

Stv. Hamp:

„Also, nochmal, das sind die offiziellen Zahlen des Bundesamtes für Statistik. Von 100 % Steueraufkommen, werden mehr als 50 % von 10 % der Steuerpflichtigen eingezahlt. Und 50 % der Steuerpflichtigen bringen keine 10 %. Das ist Tatsache.“

### **Bemerkungen aus der Stadtverordnetenversammlung.**

Stv. Hamp:

„Haben Sie es immer noch nicht verstanden? Haben Sie es immer noch nicht verstanden? Das sind Tatsachen. Einfache, schlichte Tatsachen, Mathematik. Ich habe fertig.“

Stv. Jung:

„Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Also zum Teil gehen wir hier in die gleiche Richtung. Nämlich, wenn es darum geht, hohe Einkommen stärker an den Aufgaben des Staates zu beteiligen. Und das betrifft insbesondere Einkommen aus Vermögen. So, ich glaube, da gehe ich sogar mit Herrn Gassmann d'accord. Nein, gehe ich nicht, er lacht. Und der Weg ist ein ganz einfacher. Die Vermögenssteuer ist kassiert worden vom Bundesverfassungsgericht, nur die Bedingungen, sie wieder einzuführen, sind zu hoch, da hat Herr Hamp schon was zu gesagt. Wir ändern das Einkommensteuergesetz. Ein einfaches Gesetzgebungsverfahren. Nein, wir werden das nicht tun, das ist Sache des Deutschen Bundestages. Aber wir waren eben schon mal bei Aufgaben, wo wir übrigens sehr wohl den Antrag hätten stellen können, alle Fraktionen, die eben dafür gestimmt hätten, sie hätten einen Antrag stellen können zur Haushaltsberatung, da ist nichts passiert. Das ist ein anderes Thema. Der Bundestag ändert das Einkommensteuergesetz, und Erträge und alle Einkommen, nämlich auch die aus Vermögen, werden Einkommensteuerpflichtig. So einfach ist das. Das Einziehen ist ziemlich einfach. So wie man die Körperschaftssteuer und so wie man die Kapitalertragssteuer heute auch einzieht. So leicht oder so schwer ist das. Und noch viel wesentlicher, wir ändern das Sozialgesetzbuch, und sie werden noch sozialversicherungspflichtig. Und schon sind diese Aufgaben alle gelöst. Da braucht man nur die entsprechenden Mehrheiten im Bundestag für. Die Vermögenssteuer ist völlig kontraproduktiv. Bewirkt genau das Gegenteil von dem, was Sie vorgeben zu wünschen, Herr Gassmann. Deshalb werde ich und meine Fraktion dem auch nicht zustimmen.“

Stv. Feiertag:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, Herr Gassmann. Ich habe mir hier mal aufgeschrieben: Fein aber Nein. So als Fazit unserer Diskussion am vergangenen Montag. Wir haben am vergangenen Montag Fraktionssitzung gehabt und haben uns mit diesem Thema tatsächlich auch lange beschäftigt. Unterm Strich sehen wir ein Gerechtigkeitsproblem in dieser Republik. Herr Jung hat eben nochmal einen anderen Ansatz gewählt, der ist auch gut, den würden wir auch so vertreten. Über die Vermögenssteuer muss man auch diskutieren, da ist ein Ansatz dran. Unterm Strich haben wir aber gesagt, es ist nicht unsere Aufgabe. Wir debattieren auch gerne mal darüber, aber unterm Strich sind wir nicht

das Haus, was über die Vermögenssteuer beschließt. Wir sind auch nicht das Haus, was über die Einkommenssteuer beschließt und deshalb haben wir gesagt, wie vor einem Jahr, oder eineinhalb Jahren, als der Antrag schon mal auf dem Tisch lag, eigentlich müssten wir den ablehnen, weil der hat mit uns eigentlich nichts zu tun. Inhaltlich finden wir aber trotzdem, dass das diskutiert werden muss und dass da auch auf anderen Ebenen Entscheidungen fallen müssen, aber mit uns hier, als der Stadtverordnetenversammlung, hat das leider nichts zu tun und deshalb lehnen wir den Antrag ab.“

Stv. Gassmann:

„Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Ich hatte absichtlich darauf verzichtet, jetzt ausführlich zu begründen, warum wir eine Vermögenssteuer brauchen. Ich denke mal, die Gründe dafür, warum wir einen Ausgleich zwischen Arm und Reich brauchen, sind geläufig. Ich hätte jetzt eine halbe Stunde hier referieren können, aber ich sehe darin keinen Sinn. Ich mache das jetzt auch nicht. Allerdings möchte ich auf ein paar Aussagen eingehen, die inhaltlich so nicht stehenbleiben können.

Wenn davon die Rede ist, dass andere Staaten die Vermögenssteuer nicht haben, einige haben sie, dann muss man ganz klipp und klar sagen, alle westlichen großen Nationen haben die Vermögenssteuer. Zweitens, Deutschland hat auch eine Vermögenssteuer. Deutschland hat auch eine Vermögenssteuer und die wird sogar erhoben von den Städten und Gemeinden. Nämlich die Grundsteuer. Das ist eine Vermögenssteuer. Ganz eindeutig von der OECD definiert als Vermögenssteuer. Also, wir haben im Prinzip eine Vermögenssteuer. Drittens, die Vermögenssteuer ist nicht verfassungswidrig. Wer kommt denn auf so eine Idee? Das Bundesverfassungsgericht hatte entschieden, dass das Vermögenssteuergesetz in der seinerzeitigen Form deshalb verfassungswidrig ist, weil die Besteuerung von Grundvermögen, Kapitalvermögen und sonstigem Vermögen zu ungleich war. Viertens oder fünftens, ich weiß gar nicht, dieses Problem, dass die Grundstücke nicht ordentlich bewertet sind, ist mittlerweile behoben. Die Finanzverwaltung stellt mittlerweile schon für Erbschaftsteuerzwecke Einheitswerte neu fest, und zwar nur für die Erbschaftbesteuerung. Und diese Werte sind verfassungsrechtlich unbedenklich. Deswegen zählt das Argument der verfassungsrechtlichen Bedenklichkeit nicht mehr. Ferner Vermögenssteuer ist nicht kompliziert, muss nicht jedes Jahr neu ermittelt werden. Vermögenssteuer besteuert das Vermögen. Und die wesentlichen Teile des Vermögens sind Grundvermögen, und das wird einmal festgestellt und nicht Jahr für Jahr neu. Es wird nur einmal festgestellt und das nur für einen Bruchteil der Bevölkerung, weil eben nur ein Bruchteil der Bevölkerung in die Vermögenssteuerpflicht fallen würde. Aber noch eine Bemerkung möchte ich trotzdem noch machen. Wenn hier gesagt wird, dass ein kleiner Teil der Deutschen Steuern zahlt und die anderen zahlen keine, dann möchte ich zum Ausdruck bringen, das ist doch genau der Ausfluss dessen, was die Ungerechtigkeit ist. Das ist doch die Ungerechtigkeit. Wollen Sie von Hartz IV-Empfängern Steuern kassieren? Oder wo soll es hingehen? So, und jetzt komme ich nochmal zur effektiven Steuerbelastung, meine Damen und Herren. Sie rechnen immer nur die Einkommensteuer. Rechnen Sie mal die Umsatzsteuer dazu, rechnen Sie mal die Tabaksteuer dazu, rechnen Sie mal die Kfz.-Steuer dazu, rechnen Sie mal alles dazu, und dann überlegen Sie sich mal, was ein Hartz IV-Empfänger für einen Steuersatz hat. Ich kann es Ihnen sagen. Wenn er raucht, wenn er Raucher ist und eine Schachtel am Tag raucht, was man ja auch Hartz IV-Empfängern zugute kommen lassen sollte, dann ist die Steuerbelastung schon astronomisch. Und das muss man auch mal betrachten.“

**Keine weiteren Wortmeldungen.**

**Beschluss:**

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eschwege spricht sich eindringlich für die Einführung einer Vermögenssteuer aus.
2. Die Stadt Eschwege tritt dem Bündnis „Vermögenssteuer jetzt“ ([www.vermoeegensteuerjetzt.de](http://www.vermoeegensteuerjetzt.de)) bei.

**Mit 28 Nein-Stimmen, 3 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.**

## 11. ANTRAG DER CDU-STV.-FRAKTION BETR. KONZEPT ZUR BEREITSTELLUNG VON BAUPLÄTZEN

- 4/1 -

---

Stv. S. Schneider:

„So ist es Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine lieben Kollegen. Ich stelle erst mal fest, wir kommen zum Thema, das in unserer originären Zuständigkeit liegt. Hier können wir wirklich was bewegen. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zu Anfang meiner Ausführungen mal eine Geschichte erzählen. Ich muss mir jetzt mal gerade einen Namen aussuchen. Ich nenne mal die Geschichte von Otto Ende, Otto Normalbürger. Otto N. kommt aus Eschwege und hat hier ein Haus gemietet. Es ist ein schönes Haus. Er möchte darin wohnen bleiben. Das Haus wird aber verkauft, der neue Eigentümer will es selber bewohnen. Otto N. sagt sich, kein Problem, ich miete mir ein neues Haus. Otto N. findet aber kein adäquates Objekt. Otto N. überlegt und sagt, ich kaufe mir ein bestehendes Haus. Auch da findet er nichts, was seinen Ansprüchen und denen seiner Familie gerecht wird. Darauf beschließt Otto N., er baut ein neues Haus in Eschwege. Wir schreiben das Jahr 1998, das ist nämlich eine wahre Geschichte. Was ist? Otto N. findet in Eschwege keinen Bauplatz. Otto N. baut dann in Reichensachsen. Er hätte vielleicht auch in Schwebda bauen können oder in Jestädt, aber er konnte halt 1998/1999 nicht in Eschwege bauen. Warum erzähle ich Ihnen die Geschichte? Ich erzähle Ihnen diese Geschichte, weil wir auf diese Situation in 1998/1999 direkt wieder hinlaufen. Sie erinnern sich an unsere Sitzung im September, da wurde unsere Anfrage vom 13.07. betreffend der Bauplätze in Eschwege beantwortet. In Eschwege gibt es momentan 129 freie Bauplätze. Die Zahl allein sagt uns eigentlich, wir haben kein Problem. Davon sind aber 99 in privater Hand und der überwiegende Teil lässt sich nicht auf den letzten beschränken, aber der überwiegende Teil ist nicht am Markt verfügbar, die Gründe sind verschieden. Effektiv kann die Stadt aktuell, vielleicht hat sich die Zahl jetzt auch nochmal verändert, seit dem September 30 Bauplätze anbieten. Und wenn man die Antwort der Verwaltung genau liest, sagt sie auch, na ja, es scheint so zu sein, dass nicht alle diese Bauplätze, die wir noch anbieten, der Nachfrage entsprechen. Ein Teil davon scheint unattraktiv zu sein. Zum Beispiel scheint es, das ist ein sehr augenscheinlicher Befund, nicht das Attraktivste zu sein, im Neubaugebiet südlich des Hohlgrabens an den Hang zu bauen oder unten in die Senke, da ist noch Luft. Und diese Baugrundstücke, die ja nun lange am Markt sind, scheinen nicht wegzugehen. Das heißt, wir haben vielleicht 30 Bauplätze, aber sie befriedigen die Nachfrage nicht. Und jetzt müssen wir uns ganz einfach mal die Frage stellen, ich stelle mal voraus, wir haben in Eschwege viele tolle Ideen entwickelt, wie wir mit Bestandsbauten umgehen können. Ich erinnere noch an diese Workshops, wo dann rauskam, aus 2 alten Fachwerkhäusern, bau oben was drauf, mach ein neues. Wir haben viel gefördert, ganz gezündet, meine Damen und Herren, liebe Kollegen, hat es leider nicht. Das müssen wir heute feststellen. Natürlich wollen wir die Menschen dazu bringen, in die Bestandsimmobilien zu gehen, die intelligent zu erweitern, wir wollen beraten, alles gut, aber was, das ist die Frage, was machen wir mit dem, der sagt, ich möchte in Eschwege für mich und meine Familie ein neues Haus bauen. Ist unsere Antwort dann: Nein, das kannst du nicht. Geh nach Reichensachsen. Ich finde, das kann unsere Antwort nicht sein. Und genannte Gemeinde, Sie haben alle vor 2 Wochen die Werra-Rundschau gelesen, ist wieder dran. Die weisen 37 neue Bauplätze aus, die dann im Neubaugebiet auch schön flach, leicht zu erschließen sind. Wir stehen da auch in einer Konkurrenz. Und ich denke, unser Anspruch als Kreisstadt muss es sein, dass wir Bauwilligen dann auch Baugrund anbieten können. Das ist unsere Position als CDU. Wie wollen wir das erreichen? Wollen wir einfach ein neues Neubaugebiet auf die grüne Wiese setzen? Das halten wir für keinen allzu klugen Weg. Wir wollen lieber Baugebiete, wie wir es im Antrag gesagt haben, verdichten, Ecken finden, wo man sie intelligent erweitern kann, kann ich zum Beispiel vielleicht, gerne mal außerhalb der Tagesordnung, hier in Dünzebach könnte man, wenn man eine Querstraße dranzieht, locker 5 Bauplätze erreichen, das ginge relativ einfach. Und in Eschwege gibt es in den bestehenden Baugebieten auch noch Lücken, die man füllen könnte. Das hätte nicht nur den charmanten Vorteil, dass man dann auch ganze Stadtteile durchmischt, die vielleicht alt sind, wo dann junge Familien dazukommen können, es würde auch dazu führen, dass die Stadt nicht weiter nach außen ausfranzt. Und das, meine Damen und Herren, das müssen wir heute auf den Weg bringen. 30 Bauplätze in den letzten Jahren, in den letzten 10 Jahren sind 34 verkauft worden. Das heißt, wir haben vielleicht noch 2, 3 Jahre Zeit, bis wir in die Situation kommen, wo wir eigentlich kein Angebot

mehr haben. Deswegen sind wir der Meinung, das ist das Thema, wofür wir heute den Startschuss brauchen.

Meine Damen und Herren, das ist der letzte Antrag, der letzte richtige Antrag, über den wir in dieser Legislaturperiode sprechen. Wir glauben, es ist ein sehr zukunftsweisender Antrag. Und wenn man bedenkt, dass wir nächste Woche Sonntag Kommunalwahl haben, dann muss sich die Stadtverordnetenversammlung, die Ausschüsse, müssen sich konstituieren, da gibt es dann schon mal eine Lücke in der Arbeitsfähigkeit der politischen Gremien dieser Stadt. Das gehört zur Demokratie dazu. Aber das sollte uns dann nicht davon abhalten, heute ein Signal zu geben, dass die Verwaltung arbeiten kann, und dass dann ein neuer Bau- und Planungsausschuss sich im Herbst zu den Haushaltsberatungen, das dürfte so ungefähr ein realistischer Zeitpunkt sein, die Vorschläge mal angucken kann und dann mit Mehrheit beschließt oder möglichst einstimmig zu sagen, jawohl, das sind gute Ideen, die wollen wir weiterverfolgen, in die Richtung plant, dass wir für den Tag X, wenn wir kein Angebot mehr haben, die Nachfrage weiter befriedigen können, meine Damen und Herren, das wollen wir heute auf den Weg geben, und es würde mich sehr freuen, wenn uns das mit einer großen Mehrheit gelingt. Vielen Dank.“

#### Stv. Jung:

„Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich finde es schon erfreulich, dass jetzt auch die CDU-Fraktion erkannt hat, dass es eine Aufgabe gibt im Bereich der Wohnungswirtschaft, nenne ich es mal, in Eschwege. Also Sie haben sich jetzt das Gebiet „Neubau“ herausgesucht. Wir hatten mit unserem Antrag im November, der ja nun von allen abgelehnt worden ist, außer uns selber, nämlich, der Magistrat möge doch bitte mal ein Konzept erstellen, und da gehört natürlich ein Bericht mit hinzu, wie die Lage der Wohnungswirtschaft, und da gehört natürlich auch mit hinzu, wie viel Bauplätze gibt es denn eigentlich noch in Eschwege? Wie viel Menschen gibt es, die nachfragen, sowohl nach Neubaugebieten als auch nach Wohnungen? Welches Wohnungsangebot gibt es in Eschwege? Und dann gehört so was natürlich mit hinzu. Klar. Aber das wäre ein Teil dieses Antrages gewesen, den Sie leider abgelehnt haben.

So, jetzt mache ich Ihnen einen Vorschlag. Genau diesen Bericht, den gibt uns der Magistrat erst mal. Uns, den Stadtverordneten. Und dann haben wir auch ein Beratungs- und später auch eine Entscheidungsgrundlage, um zu schauen, was brauchen wir tatsächlich noch an Neubaugebieten. Wo müssen wir in dem vorhandenen Wohnungsbestand etwas tun und wo können wir, auch das gehört natürlich mit dazu, vor allen Dingen auch Private mit zu unterstützen. Aber den Überblick brauchen wir überhaupt erst mal. Jetzt einfach zu sagen, ich weiß es nicht, stand glaube ich eine Zahl drin, 30 oder 37 oder 40 Neubaugebiete zusätzlich auch durch Bestandserweiterung oder Verdichtung, so haben Sie es genannt, das mag sein, das mag nicht so sein, aber da fehlt mir im Moment die Entscheidungsgrundlage dazu. Also, der Magistrat möge uns erst mal berichten. Im Übrigen hätte ich jetzt sowieso den besseren oder den sachgerechteren Weg gefunden, wenn der Magistrat, insbesondere der Dezernent, Herr Bürgermeister Heppe und sein Dezernat zu dem Ergebnis gekommen wären, hoppla, hier wird es eng mit den Neubaugebieten. Der Magistrat berät und legt dem Bau- und Planungsausschuss einen Beschluss vor. Gut, jetzt haben Sie es andersrum gemacht. Ich hätte das den nahe liegenden Weg gefunden. Also, Antrag der Grünen, erst mal Überweisung in den Bau- und Planungsausschuss und als allererstes gibt es mal den Bericht, um den wir gebeten haben.

#### **Bemerkungen aus der Stadtverordnetenversammlung.**

#### Stv. Jung:

Das ist kein Bericht, das ist ein Bericht der CDU-Fraktion. Ich hätte gern einen Bericht des Magistrats. Ja, aber bitte nicht nur über Neubaugebiete, sondern über die Wohnungswirtschaft in Eschwege im Allgemeinen. Vielen Dank.“

Stv.-V. Montag:

„Überweisungsbeschluss in den Bau- und Planungsausschuss mit Bericht ...“

Stv. Jung:

„... mit Bericht über die Lage der Wohnungswirtschaft in Eschwege.“

Stv.-V. Montag:

„Gut, das ist ein Änderungsantrag.“

Stv. Feiertag:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren. Mein erster Gedanke, als ich den Antrag der CDU gelesen habe, den ich übrigens auch gut finde, den wir auch eigentlich befürworten, war, was macht eigentlich das Stadtplanungsamt? Weil, der Begriff Planen ist ja schon drin, und das ist eigentlich die originäre und klassische Aufgabe eines Stadtplanungsamtes, ein Stück vorausschauend zu gucken, wo gibt es Bedarfe möglicherweise, diese Bedarfe zu ermitteln, diese Bedarfe in ein Planwerk zu fassen, dieses Planwerk in den Gremien zu diskutieren und dann die Gremien über dieses Planwerk entscheiden zu lassen. Herr Heppe, wie gesagt, es ist eine Vorlage, das hat nichts mit Wahlkampf oder es hat natürlich auch was mit Wahlkampf zu tun, sage ich ganz ehrlich, aber es ist die Vorlage. Ich habe eben noch überlegt, sage ich das oder sage ich es nicht. Gut, ich habe mir gedacht, ich sage es so. Gut, damit ist es auch gut, wir werden jetzt inhaltlich.

Meine Damen und Herren, es gibt ein Entwicklungskonzept „Wohnen“ in dieser Stadt. Das ist aus dem Jahr 2006. Das haben wir alle zusammen beschlossen, haben wir auch alle zusammen diskutiert. Entwicklungskonzept „Wohnen“ sagt, um was es da geht, es geht um Wohnen in Eschwege und das in allen Facetten. Auch da wird geguckt, wie sind die Bedarfe, auch da wurde geguckt, wie viel freie Flächen zum Bauen gibt es noch, wie viel leer stehende Wohnungen gibt es noch? Und so weiter und so fort. Vielleicht sollte man sich dieses Konzept jetzt mal zur Hand nehmen und sollte mal reingucken und da steht zum Beispiel drin, und das finde ich nach wie vor auch noch richtig, auch 10 Jahre später, Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Das heißt, man muss natürlich, haben Sie ja auch gesagt, erst mal gucken, weil, wir haben da ein echtes Problem. Und da geht es auch, zu dem Problem will ich gleich auch noch was sagen, da geht es natürlich auch darum, sozusagen Bestandsimmobilien weiterzuentwickeln. Ich sehe zwei große Probleme im Moment, einmal, oder Aufgaben, die bewältigt werden müssen, einmal betreffend unsere Innenstadt, da sind Wandlungsprozesse im Gange. Der Einzelhandel funktioniert für unsere Begriffe in der wirklichen Innenstadt, also im ganz nahen Bereich noch bei uns relativ gut. Trotzdem gibt es das Internet, und trotzdem werden wir die Einzelhandelsflächen in der Größenordnung, wie wir sie hier in Eschwege haben, möglicherweise in den nächsten 20 Jahren nicht mehr erhalten können. Und das heißt, wir müssen überlegen, was machen wir mit unserer Innenstadt? Soll die hohl werden, wollen wir da Leerstand, wollen wir die abreißen oder wollen wir die weiterentwickeln? Und da kommt auch wieder das Konzept „Wohnen“. Wir dürfen aber nicht nur darüber reden, dürfen es feststellen, sondern wir müssen Konzepte entwickeln, wie wir die Innenstadt an der Stelle, da bin ich wieder bei der PEG, Projektentwicklungsgesellschaft, ich habe es schon ein paar Mal gesagt, in die Lage versetzen, diesen Prozess auch begleiten zu können und in Angriff nehmen zu können. Das gehört in so eine Fortschreibung quasi eines Entwicklungskonzeptes „Wohnen“ mit dazu.

Eine andere Sache, die wir so wahrnehmen, ist, Sie haben das ja eben auch beschrieben in Ihrer Geschichte, es gibt natürlich so genannte Neubaugebiete, aus den 70er Jahren, aus den 80er Jahren, da findet mittlerweile ein Generationswechsel statt. Oft wohnt eine alleinstehende ältere Frau auf 220 Quadratmetern oder ein alleinstehender Mann, Frauen werden leider älter, das ist statistisch so, auf

eine einzelne Person auf eine Menge Quadratmetern, die früher auch mal benutzt wurden, aber das Haus steht eigentlich leer. Auch diesen Wandlungsprozess muss man erkennen, da muss man junge Familien reinkriegen, bevor auf der grünen Wiese weiterer Flächenverbrauch irgendwo erzeugt wird. Vielleicht muss man da auch in solchen Siedlungen der 70er Jahre mal ein Haus, weil es energetisch nicht so ist, abreißen, und muss da Neubaugebiete schaffen. Auch das sozusagen, diesen Wandlungsprozess, den müssen wir gestalten. Auch das ist ganz wichtig an der Stelle.“

Stv.-V. Montag:

„Die paar Minuten halten wir noch durch.“

Stv. Feiertag:

„Ja, ich bin auch fertig. Ich will es jetzt auch nicht ...“

Stv.-V. Montag:

„Nein, ich habe nicht Dich gemeint. Die.“

Stv. Feiertag:

„Ja, Sie merken, es ist ein spannendes Thema und es ist ein Thema, wofür ich auch brenne und ich denke, man muss in dieses Thema dann auch eintauchen und muss gucken, dass man dieses Thema dann tatsächlich auch greift und die Umsetzungsmöglichkeiten auch findet.

Deshalb sind wir natürlich auch schon bei Ihrem Antrag, ich hätte nur, wir hätten nur eine kleine Umformulierungsidee, und zwar würden wir, der Magistrat wird beauftragt, und dann „1. Das bestehende Entwicklungskonzept „Wohnen“ fortzuschreiben und ggf. ein Konzept zur Bereitstellung von Bauplätzen und Entwicklung von Altimmobilien unter Betrachtung folgender Punkte ...“ und dann geht es so weiter, Spiegelstriche ja? Wenn wir das so einfügen könnten? Dann haben wir das nochmal dabei, dass wir auch das, was wir uns schon mal erarbeitet haben, wieder zu Rate ziehen und dass wir vielleicht ein bisschen tiefer in die Materie einsteigen. Und ich freue mich auf die Diskussion. Da steht ja dann unten auch drin: „Im Bau- und Planungsausschuss“. Weil, wie gesagt, ich glaube, da haben wir Handlungsbedarf, und da müssen wir alle zusammen was entwickeln. Danke.“

Stv. Schneider:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, wenn hier nicht so eine Blockade aufgebaut würde, wären wir immer viel schneller am Mikrofon.

Ich will zu meinen zwei Vorrednern noch mal kurz Stellung nehmen.

Herr Jung, Sie vergleichen da Äpfel mit Birnen. Das ist das Eine, was Sie beantragt haben, das haben wir beantwortet, das gibt es zum großen Teil, und das, was Sie, sozusagen die Informationen, die Sie haben wollen, die stehen hier drin. Es ist eine relativ einfache Rechnung. Wenn ich in jedem Jahr 3 bis 4 Grundstücke verkaufe, ich habe noch 30, dann kann sich wahrscheinlich jeder im Saal hier ausrechnen, wann ich bei 0 bin. Das ist nun mal so. Das ist ein erkanntes Problem und ich finde, lieber Kollege Feiertag, Ihre Argumentation eben schon so ein bisschen spannend, wir könnten das auf andere Tagesordnungspunkte des Abends zum Beispiel ziehen und jede gute Innovation, die irgendwo kommt, immer sagen, warum hat das der Dezernent nicht gemacht? Und wenn man sich diese Argumentation einig macht, dann kämen hier beide nicht gut weg. Aber das ist ja auch total irre. Der politische Raum ist ja nun auch, wir sind ja dafür gewählt, voranzudenken und auch Probleme zu erkennen, Probleme zu artikulieren und sie schlussendlich auch zu lösen. Und nichts anderes machen wir. Und



daraus einem einen Strick drehen zu wollen, ist vielleicht dann doch ein bisschen ein Wahlkampfmanöver. Haken wir es ab.

Ihre Idee, das mit dem Entwicklungskonzept „Wohnen“ zu machen, sind wir d'accord, können wir gern mit einbinden. Uns ist nur wichtig, dass jetzt nicht erst eine Lücke entsteht, bis ein neuer Ausschuss ist, dass die Verwaltung jetzt auch wirklich mal in diesem Sinne sich Gedanken machen kann, und dass der neue Ausschuss dann schon ordentlich Futter hat, mit dem er sich dann kritisch auseinandersetzen kann. Von daher können wir Ihren Änderungsantrag gut mittragen. Vielen Dank.“

### **Keine weiteren Wortmeldungen.**

#### Stv.-V. Montag:

„Dann kann ich zur Abstimmung kommen. Wer den Vorschlag des Antrags der CDU mittragen möchte, mit dem von Herrn Feiertag mündlich eingebrachten, die stehen ja dann im Protokoll, ich gucke darüber, dass die so formuliert sind, dass man es auch verstehen kann, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.“

#### Stv. Jung:

„Herr Vorsitzender, was ist mit dem Änderungsantrag, den ich gestellt habe? Da ist der Bericht.“

#### Stv.-V. Montag:

„Entschuldigung, habe ich vergessen.

Alles klar, dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag von Herrn Jung oder der Fraktion? Fraktion der Grünen abstimmen, dass zunächst ein Bericht des Magistrats erfolgt, im Bau- und Planungsausschuss besprochen wird und dass man dann daraus was macht. Aber das ist ja eigentlich das Gleiche.

Gut, wer dem zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen.“

### **Beschluss zum Änderungsantrag der Grünen:**

- a) Der Magistrat wird beauftragt, einen Bericht über die „Lage der Wohnungswirtschaft“ in Eschwege dem Bau- und Planungsausschuss vorzulegen.

**Mit 28 Nein-Stimmen und 4 Ja-Stimmen abgelehnt.**

### **Beschluss zum Hauptantrag:**

Der Magistrat wird beauftragt,

1. ein neues Konzept zur Bereitstellung von Bauplätzen zu erstellen, unter Beachtung folgender Punkte:
  - Schließung vorhandener Baulücken
  - Arrondierung vorhandener Neubaugebiete zur Schaffung neuer Bauplätze
  - Vorplanung für Ausweisung neuer Baugebiete, um einer zukünftigen Nachfrage zügig begegnen zu können
2. dieses Konzept rechtzeitig vor Beginn der Haushaltsberatungen im Herbst 2016 im Bau- und Planungsausschuss vorzustellen.

## **Bemerkungen aus der Stadtverordnetenversammlung.**

### Stv.-V. Montag:

„Herr Feiertag, kommen Sie doch bitte nochmal an das Mikrofon. Der Herr Gassmann möchte gern nochmal den Wortlaut hören. Aber der ist formuliert. Ich könnte jetzt das Band zurücklaufen lassen, Ihnen das nochmal vorspielen von vorne bis hinten.“

### Stv. Feiertag:

„Also, ich versuche es nochmal:

Der Magistrat wird beauftragt und dann kommt 1. das bestehende Entwicklungskonzept „Wohnen“ fortzuschreiben und ggf. ein Konzept zur Bereitstellung von Bauplätzen und Entwicklung von Bestandsimmobilien zu erstellen, und dann kommt wieder ein Komma, unter Beachtung und dann geht es so weiter wie in der Vorlage.“

### Stv.-V. Montag:

„Wer dem jetzt nochmal Vorgetragenen und dann Gesamtbeschlussvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.“

## **Beschluss:**

b) Der Magistrat wird beauftragt,

1. das bestehende Entwicklungskonzept „Wohnen“ fortzuschreiben und ggf. ein Konzept zur Bereitstellung von Bauplätzen und Entwicklung von Bestandsimmobilien zu erstellen, unter Beachtung folgender Punkte:
  - Schließung vorhandener Baulücken
  - Arrondierung vorhandener Neubaugebiete zur Schaffung neuer Bauplätze
  - Vorplanung für Ausweisung neuer Baugebiete, um einer zukünftigen Nachfrage zügig begegnen zu können
2. dieses Konzept rechtzeitig vor Beginn der Haushaltsberatungen im Herbst 2016 im Bau- und Planungsausschuss vorzustellen.

**Mit 31 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme angenommen.**

## 12. ANREGUNGEN

---

### 12.1 STADTWALD

---

- 43 -

Stv. Fiege:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, ganz schnell, wenn nicht noch was kommt, hatte ich mir gerade nochmal aufgeschrieben, wegen ein paar Begriffen. Im Moment wird das Forsteinrichtungswerk für den Stadtwald durch den Fachdienst 43 irgendwie überarbeitet, in Auftrag gegeben, nochmal. Da geht es um unseren Wald, planerisch werden dort bestimmte Dinge festgelegt, wie es mit den Einschlägen aussieht, wie es weitergeht mit den Waldfunktionen, Ökologie und so weiter, Luft Tourismus. Das sind immerhin 400 Hektar, durch unseren Wald, der wird, glaube ich, tangiert auch durch unseren Prämiumweg, ich bin mir jetzt nicht sicher, also hat auch mit Tourismus was zu tun. Es wäre mal ganz interessant, also im Magistratsbericht gibt es eine relativ seitenlange Abhandlung darüber, wenn die Mandatsträger auch noch mal durch den Fachdienst kurz informiert werden. Auch wenn das jetzt noch mal Arbeit ist. Also ich bin schon ganz ängstlich, da irgendwas zu formulieren in der Richtung. Das wäre nochmal ganz sinnvoll, wenn das den Gremien nochmal vorgestellt werden könnte, was da eigentlich passiert. Dankeschön. Das war es schon.“

**Keine weiteren Wortmeldungen.**

- 1 -

Stv.-V. Montag:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Ende der heutigen Tagesordnung und, wie gesagt, fast am Ende der Legislaturperiode, angelangt.

Ich bedanke mich bei allen Stadtverordneten, ehrenamtlichen und hauptamtlichen Magistratsmitgliedern, bei den Ortsvorstehern, den Ausländerbeiratsmitgliedern, die sich für ihre Heimatstadt so eingebracht haben, wie Sie es alle vorgelebt haben. Wir alle haben viel von unserer Freizeit geopfert, um sich in den Dienst unserer Heimatstadt zu stellen. Dies gilt natürlich auch für unsere Partnerinnen und Partner und unsere Familien. Ich sage Ihnen Danke dafür. Danke auch dafür, dass sie Verständnis für unsere Arbeit und unser Wirken gezeigt haben. Für alle, die aus irgendwelchen Gründen aus der Stadtverordnetenversammlung ausscheiden werden, ist eine Verabschiedung mit Ehrungen in der konstituierenden Sitzung am 21.04.2016 vorgesehen. Ich bedanke mich auch bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die unsere Arbeit unterstützen und vorbereiten, stellvertretend für alle Beteiligten sage ich Bürgermeister Alexander Heppe und Ersten Stadtrat Reiner Brill, aber auch allen Magistratsmitgliedern Danke. Einschließen in den Dank möchte ich natürlich unseren Schriftführer Volker Jatho. Auch wenn wir manchmal etwas lange zählen, aber es kommt dann doch zum guten Ende und dem Fachbereich 1-, herzlichen Dank. Der dann nun neu gewählten Stadtverordnetenversammlung wünsche ich jetzt alles Gute, und immer gute und kluge Entscheidungen. Ich kann für mich sagen, dass Sie alle mir die Arbeit hier leicht gemacht haben und hoffe, dass Sie mit mir und meiner Arbeit zufrieden waren.

Meine Damen und Herren, unsere nächste Sitzung ist für Donnerstag, den 21.04.2016 in der Stadthalle geplant. Ich wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg und schließe die Sitzung um 22:14 Uhr.“

**UNTERSCHRIFTSBLATT ZUR NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE  
SITZUNG DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG**

**AM 25.02.2016**

*gez. Karl Montag*

---

**Karl Montag**  
(Stadtverordnetenvorsteher)

*gez. Volker Jatho*

---

**Volker Jatho**  
(Schriftführer)